



# AKREF-Nachrichten vom 26.06.2020 bis 03.07.2020

Arbeitskreis für Religionsfreiheit - Menschenrechte - verfolgte Christen  
der Deutschen Evangelischen Allianz

Ulrike C. Nyboer ( [redaktion@akref.de](mailto:redaktion@akref.de) )

## Inhaltsverzeichnis

Äthiopien: „Gott hat mir geholfen!“	4
Bangladesch: In den Flüchtlingslagern der Rohingya	5
Bangladesch: Mutter und Tochter durch Sprengsatz getötet	6
China: 500 Kreuze von Kirchen abgerissen	7
China: Neues „Sicherheitsgesetz“ richtet sich gegen Demokratiebewegung	8
Deutschland: Appell: Amt des EU-Sondergesandten für Religionsfreiheit fortführen	9
Deutschland: Islam-Expertin kritisiert Landesregierung	11
Deutschland: Messerangriff in Auer Pfarrhaus: Urteile stehen fest	12
Deutschland: Nigerianischer Priester erhält Stephanuspreis für verfolgte Christen	13
Deutschland: Predigtverbot gegen Pastor Olaf Latzel	14
Ecuador: Bischöfe beklagen Korruption	16
Elfenbeinküste: Katholischer Priester organisiert Radiokonferenzen	17
Gemeinsame Mitteilung der ojcos-stiftung und der Evangelischen Allianz in Deutschland	18
Indien: Brandstifter verbrannten Kirche	19
Jemen: Es geht um Leben und Tod	20
Kirgistan: Gebet für geplante Sommerfreizeiten	21
Kongo: Kinder bezahlen den höchsten Preis	22
Malawi: Gratulation für neuen Präsidenten	23
Malawi: Pfingstkirchlicher Pastor ist neuer Präsident	24
Myanmar: „Frieden ist ein Gegenmittel gegen das Virus“	25
Nepal: Gefangener des Monats Juli	26
Rumänien: Führt Gedenktag für verfolgte Christen ein	27
Russland: Wir danken Gott fürs Internet	28
Saudi-Arabien: Eine Ex-Muslima erzählt	29
Südkorea: Vor 70 Jahren begann der Koreakrieg	30
Südsudan: Schießerei nach Fußballspiel	32
Syrien: Kurdisches Dorf in Nordsyrien bombardiert	33
Türkei: Einreiseverbot für Pfarrer aufheben!	34
Türkei: Keine ökumenischen Feierlichkeiten in der Petrusgrotte	35
Türkei: Wo blieb das christliche Ehepaar?	36

Türkei: Zur Umwandlung der Hagia Sophia in Moschee	37
Ukraine: Beten für Zeltmissioneinsätze	38
„Mangelnde Bibelkenntnis bedroht Christenheit“	39

# Äthiopien: „Gott hat mir geholfen!“

## Inmitten hartnäckiger Anfeindungen erleben Hiwot und ihre Kinder Gottes Treue

(Open Doors, Kelkheim) – Wir besuchen Hiwot\*, eine Witwe und Mutter von acht Kindern im ländlichen Äthiopien. Schon vor ihrer Entscheidung für Christus hatte sie kein leichtes Leben. Doch wegen ihres Glaubens erleidet die Familie durch die Dorfgemeinschaft immer wieder Verfolgung und Schikanen. Hiwots Glaube ist anscheinend unerschütterlich. Dennoch steht sie wegen der zahlreichen Herausforderungen kurz davor, aus ihrer Heimat zu fliehen.

„Ich habe Gott und ich bin glücklich“ – Hiwots schlichter Glaube hat schon viele Prüfungen überstanden

Ohne Geld, ohne Nahrung – dann wurde die Gemeinde aktiv

Nach dem Tod ihres Mannes war Hiwot allein dafür verantwortlich, ihre acht Kinder zu ernähren. Mit harter Arbeit auf den Feldern kam die Familie knapp über die Runden. Doch dann wurde sie krank. „Ich musste aufhören zu arbeiten. Wenn ich mich bückte, wurden die Schmerzen unerträglich“, erinnert sie sich. „Ich flehte Gott an: ‚Bitte gib uns etwas zu essen!‘ Ich hatte nichts, was ich meinen Kindern anbieten konnte.“

Ihre Gemeinde informierte Open Doors über Hiwots Not, woraufhin gemeinsame Hilfe organisiert wurde. Auch gesundheitlich erholte sich Hiwot vollständig, was in ihrer erweiterten Familie großen Eindruck hinterließ. „Ich bin die Einzige, die Jesus aufgenommen hat. Aber meine Familie ist eigentlich froh, dass ich mich bekehrt habe, denn ich war krank und hatte viele Probleme. Jetzt machen sie mir wegen meines Glaubens keine Schwierigkeiten mehr.“

„Gott, bitte baue mir und meinen Kindern ein Haus“

Leider trifft dies nicht auf die Dorfgemeinschaft zu. Sie machen Hiwot und ihren Kindern das Leben weiterhin schwer. Im vergangenen Jahr brannten Dorfbewohner ihr Haus nieder, während die ganze Familie darinnen schlief. „Einer meiner Söhne weckte mich in den frühen Morgenstunden auf. Er sagte mir, er habe vor unserem Haus jemanden mit einer Fackel gesehen. Ich habe mir nicht viel dabei gedacht ... Wer sollte um diese Zeit vor dem Haus sein? Also schliefen wir wieder ein. Dann kam das Feuer ins Haus. Wir wachten auf und rannten schreiend nach draußen.“ Das Haus brannte vollständig nieder. Hiwot schildert ihre Verzweiflung: „Durch meinen Kopf rasten ängstliche Gedanken: ‚Ich habe keine Unterstützung ... Werde ich Arbeit finden? Wie soll ich Bleche und Nägel für ein neues Haus kaufen?‘ Drei Tage lang machte ich mir Sorgen. Aber dann erinnerte ich mich daran, dass alles in Gottes Hand liegt. Ich betete: ‚Bitte baue mir, wo immer du willst, ein Haus, wo ich mich mit meinen Kindern niederlassen kann.‘“

Und Gott hörte ihr Gebet. Mit tatkräftiger Hilfe aus der Gemeinde und der Unterstützung von Open Doors konnte innerhalb von drei Wochen eine neue, modernere Hütte für Hiwot errichtet werden. Hiwot berichtet: „Ich kniete nieder und betete: ‚Herr, lass mich dir treu sein. Du bist mein Lohn.‘ Nicht einmal meine Verwandten haben mir geholfen, sondern Gott allein. Er steht den Benachteiligten und Ausgestoßenen bei. Und hier ist mein Haus. Gepriesen sei der Name des Herrn!“

„Warum kannst du nicht sein wie wir?“

Doch die Situation im Dorf ist unverändert. Hiwot und ihre Kinder bekommen regelmäßig zu spüren, dass sie wegen ihres Glaubens nicht erwünscht sind. Bei gemeinsamen Anlässen wie Beerdigungen kommt immer wieder die Frage: „Warum kannst du nicht sein wie wir?“ Hiwot weiß, dass sie auf sie herabsehen. „Oh, das ist mir egal, ich habe den Herrn. Ich habe Gott und ich bin glücklich.“ Doch mehr als die persönlichen Angriffe machen ihr die gegen ihre Kinder gerichteten Schikanen und die Ausgrenzung schwer zu schaffen. Sie überlegt ernsthaft, sich in die Hauptstadt Addis Abeba aufzumachen, um der Situation zu entkommen.

\* Namen geändert

Bitte beten Sie für Hiwot und ihre Familie:

- Danken Sie Jesus für Hiwots erstaunlichen Glauben, der sie durch all die Schwierigkeiten getragen hat.
- Beten Sie besonders für ihre Kinder, dass auch sie im Glauben wachsen und selbstständig werden.
- Beten Sie für die anderen Menschen im Dorf, dass sie ihre harte Haltung gegen die Familie aufgeben und neugierig auf deren Glauben werden.
- Beten Sie um Weisheit und die Leitung des Heiligen Geistes für Hiwot, so dass sie Gottes Weg für sich und ihre Kinder erkennt.

# Bangladesch: In den Flüchtlingslagern der Rohingya

## Covid-19-Pandemie: Nur eine von vielen Katastrophen

Cox's Bazar (Fides) - „Rohingya, die in Flüchtlingslagern in Bangladesch leben, sind bereits Opfer gewaltsamer und traumatischer Verfolgung in ihrer Heimat Myanmar, Opfer von Krankheiten wie Ruhr und Pocken, Opfer der wiederholten Naturkatastrophen, die auftreten, wenn Zyklone Bangladesch treffen. Und jetzt sind sie auch noch Opfer der globalen Pandemie“, so Inmanuel Chayan Biswas, Sprecher des Rohingya-Programms der Caritas Bangladesch in Cox's Bazar. In den Flüchtlingscamps seien die Rohingya nicht nur der Herausforderung, des Zusammenlebens in überfüllten Unterkünften mit zehn oder mehr Personen in einem Raum ausgesetzt, sondern sie seien dort auch gezwungen, Toiletten und sanitäre Einrichtungen gemeinsam zu benutzen. Sie könnten deshalb weder angemessene soziale Distanz einhalten noch sich an Hygienemaßnahmen halten, die eine wirksame Prävention gegen die Ausbreitung des Virus darstellen. Die tragischen Zustände während der Pandemie seien jedoch nur eine der zahlreichen Katastrophen, die das Leben dieser Flüchtlingen kennzeichnen.

„Eine der wesentlichen Maßnahmen zur Verhinderung der Ausbreitung des Coronavirus ist die soziale Distanzierung. Wenn Sie jedoch in einem Flüchtlingslager leben, ist Platz ein Luxus“, fährt Biswas fort.

Der erste Fall von COVID-19 unter den Rohingya in den Camps wurde am 14. Mai 2020 registriert. Bis zum 21. Juni 2020 gab es 4 Todesfälle und 45 bestätigte Infektionen. „Wir wissen jedoch nicht, wie genau diese Zahlen sind“, betont Biswas, „da die Zentren, in denen die Tests durchgeführt werden, nicht angemessen ausgerüstet sind. Angesichts der Bevölkerungszahl reichen die medizinischen Einrichtungen in den Rohingya-Camps nicht aus und bieten nur Grundversorgung“.

Die Regierung von Bangladesch hat seit dem 25. März nur begrenzte Initiativen in den Lagern auf den Weg gebracht. Zunächst wurden Rohingya, die schwer an Covid-19 erkrankt waren, in das UKhiya General Hospital oder das Cox's Bazar Medical College gebracht. Doch dies ist derzeit nicht möglich, weil diese Krankenhäuser ernsthafte Schwierigkeiten haben, die lokale Bevölkerung zu versorgen.

Grund für eine Verschlechterung der Situation ist auch die Tatsache, dass die in den Camps lebenden Menschen nicht ausreichend über Covid-19 und das Risiko einer Ansteckung informiert sind. Die Caritas Bangladesch verteilt Informationsmaterial zur Prävention und gleichzeitig Hilfsmittel zur persönlichen Hygiene an Tausende von Menschen im ganzen Land, insbesondere in der Region Cox's Bazar. In einigen öffentlichen Bereichen und neben den Toiletten wurden auch Stationen zum Händewaschen installiert. „Die Leute wissen inzwischen, dass sie sich häufig die Hände waschen müssen, aber eine große Herausforderung ist die knappe Verfügbarkeit von Wasser und sanitären Einrichtungen im Camp“, fügt Biswas hinzu.

In der Zwischenzeit beschädigen auch heftige Regenfälle die Unterkünfte und machen die Zufahrtsstraßen zu den Lagern unbefahrbar. Eine Folge ist auch die Zunahme von Gewalt und sexuellem Missbrauch. Darüber hinaus wurde in diesem Jahr die Bewirtschaftung der Reisfelder mit Blick auf Monsunzeit durch die Verbreitung und die Risiken von Covid-19 beeinträchtigt.

(AP) (Fides 27/06/2020)

# Bangladesch: Mutter und Tochter durch Sprengsatz getötet

**Ehemann nach nächtlichem Angriff am Boden zerstört / Christen aktuell von vielen Nöten betroffen**

(Open Doors, Kelkheim) – Ein nächtlicher Anschlag am 31. Mai auf das Haus einer christlichen Familie in Bangladesch hat zwei Leben gefordert. Die Mutter und ihre 5-jährige Tochter erlitten bei der Explosion einer Bombe derartig starke Verbrennungen, dass sie an den Folgen des Übergriffs starben. Der Verlust von Frau und Kind ist für den hinterbliebenen Vater eine schwere Bürde.

**„Er weigert sich, mit jemandem zu sprechen“**

In der Nacht vom 30. auf den 31. Mai warf der Täter einen selbstgebauten Sprengsatz durch ein offenes Fenster in die Wohnung, wo zu diesem Zeitpunkt die 30-jährige Mutter Shilpi und ihre 5 Jahre alte Tochter Supria schliefen. Die Bombe explodierte, und das Feuer breitete sich schnell im ganzen Raum aus. Während es Shilpi gelang, eigenständig aus dem Schlafzimmer zu entkommen, halfen Nachbarn dabei, auch Supria aus den Flammen zu retten. Shilpis Ehemann, Ridoy Halder, war zu dieser Zeit nicht zu Hause, da er in der Nachtschicht einer örtlichen Bekleidungsfabrik arbeitete.

Shilpi und Supria wurden beide zur Behandlung ins Krankenhaus gebracht. Dort stellte man fest, dass bei Shilpi 75 % der Haut durch Verbrennungen geschädigt waren, bei Supria waren es 46 %. Am 4. Juni erlag Shilpi ihren schweren Verletzungen, die kleine Supria starb am 16. Juni. „Ridoy ist völlig hoffnungslos, frustriert und deprimiert. Er trauert und weigert sich, mit jemandem zu sprechen“, sagt Stephen Liton Halder, ein lokaler Partner von Open Doors und Onkel von Ridoy.

Seiner Einschätzung zufolge steht die Tat in direktem Zusammenhang mit dem christlichen Glauben der Familie, obwohl sie zuvor keine Drohungen erhalten hatte. „Sie waren die einzigen Christen in diesem Gebiet. Sie leben dort, weil es in der Nähe von Ridoy's Arbeitsplatz liegt. Ihre Nachbarn wissen, dass sie Christen sind. In dieser Gegend gibt es viele religiöse Extremisten und Medressen (islamische religiöse Schulen)“, sagt er.

Die hinzugezogene Polizei fand am Tatort die Überreste eines Sprengsatzes. Da es keine Augenzeugen gibt, wurde bislang niemand verhaftet. Ridoy ist bis auf weiteres in sein Heimatdorf zurückgekehrt. „Ich bin nicht sicher, wann er wieder zur Arbeit gehen kann. Er hat Angst davor, dass die Polizei ihn schikaniert und ihn für weitere Verhöre auf das Polizeirevier zurückruft. Bitte beten Sie für ihn, er trauert“, sagt Stephen.

**Christen von zahlreichen Katastrophen stark betroffen**

Bangladesch wird in diesem Jahr von mehreren Katastrophen heimgesucht: neben der Corona-Pandemie auch der verheerende Wirbelsturm „Amphan“ im Mai sowie aktuell ausgedehnte Überschwemmungen und massive Erdbeben. Viele der von Open Doors unterstützten Christen leben in den besonders schwer betroffenen Gebieten. Bei der Verteilung von Hilfsgütern durch die Regierung wurden Christen häufig wegen ihres Glaubens übergangen.

Auf dem Weltverfolgungsindex 2020 steht Bangladesch an 38. Stelle unter den Ländern, in denen Christen am stärksten wegen ihres Glaubens verfolgt werden.

*Quelle: Open Doors*

# China: 500 Kreuze von Kirchen abgerissen

**Chinas Kommunisten setzen ihren Feldzug gegen christliche Kirchen fort.**

(pro) Seit April sollen in der Provinz Anhui, in der Nähe von Shanghai, mehr als 500 Kreuze von Kirchen entfernt worden sein.

Nach Angaben des asiatischen katholischen Pressedienstes [UCANews](#) haben die Behörden in China seit April mehr als 500 Kreuze von Kirchengebäuden und öffentlichen Plätzen entfernt. Vor allem in der Provinz Anhui nahe Shanghai werde gegen die Kirchen vorgegangen. So seien in der Stadt Suizhou zum Beispiel alle Kreuze aus der Öffentlichkeit verschwunden bis auf eines, das schon Jahrhunderte alt sei.

Weder die regierungstreue Katholisch-Patriotische Vereinigung noch die Bischöfe hätten aus Angst vor der Regierung beim Abriss der Kreuze Widerstand geleistet, berichtete der protestantische Prediger Paul Lee der Nachrichtenagentur. Ein katholischer Gemeindepriester habe den Bischof von Anhui, Liu Xinhong, über den geplanten Abriss des Kreuzes von seiner Kirche unterrichtet. Der Bischof habe jedoch lediglich erklärt, dass vom Abriss Fotos gemacht werden sollten und man sich nicht gegen die Behörden stellen könne.

Mit dem Abreißen von Kreuzen begann China bereits im Jahr 2018. In Anhuys Nachbarprovinzen Zhejiang, Henan, Hebei und Guizhou seien seitdem Tausende Kreuze zerstört worden, weil sie angeblich gegen Stadtplanungsgesetze verstießen.

## Christen systematisch bedrängt

Auch [Foxnews](#) und die [Christian Post](#) berichten von Chinas Vorgehen gegen Christen. So seien im März Kreuze in mehreren Provinzen mit der Begründung entfernt worden, sie dürften nicht höher als die chinesische Nationalflagge hängen.

Der Leiter des christlichen Hilfswerks Open Doors, Markus Rode, berichtete im [Interview](#) Anfang des Jahres ebenfalls davon, dass China die Zahl der Christen im Land klein halten wolle. Staatspräsident Xi Jinping verfolge eine sogenannte „Sinisierung“, was die Anpassung an die chinesische Kultur bedeutet. Neben dem Abreißen und Abhängen von Kreuzen liefen in Kirchen zum Beispiel Überwachungskameras und Kindern und Jugendlichen werde verboten, an christlichen Veranstaltungen teilzunehmen.

Die Corona-Pandemie nutzt das Land zudem dazu, [Religionsgemeinschaften wie Christen zu diffamieren](#). Bewegungsprofile von Gläubigen würden erstellt und Internetauftritte von Hauskirchen systematisch von Zensurbehörden geahndet.

Von: Swanhild Zacharias aus Christliches Medienmagazin pro

# China: Neues „Sicherheitsgesetz“ richtet sich gegen Demokratiebewegung

**Hongkonger Aktivist Joshua Wong: „Ich bleibe, bis sie mich auslöschen“**

Hongkong (idea) – Ungeachtet der weltweiten Kritik hat der Ständige Ausschuss des chinesischen Volkskongresses der Einführung des umstrittenen „Sicherheitsgesetzes“ in Hongkong einstimmig zugestimmt. Bereits am 1. Juli soll es in Kraft treten. Das neue Sicherheitsgesetz richtet sich gegen Aktivitäten, die die Kommunistische Partei Chinas als subversiv, separatistisch oder terroristisch ansieht. Auch stellt es „heimliche Absprachen“ mit Kräften im Ausland unter Strafe. Nach Ansicht von Kritikern können die chinesischen Behörden damit nun gegen alles vorgehen, was sich gegen die kommunistische Führung in Peking richtet. Der Autonomiestatus Hongkongs sei de facto beendet. Als Reaktion darauf kündigten der bekannte Hongkonger Demokratie-Aktivist Joshua Wong und weitere bekannte Vertreter der Protestbewegung den Rücktritt aus ihrer 2016 gegründeten prodemokratischen Partei an. Der bekennende Christ sieht das Leben und die Sicherheit von Anhängern der Demokratiebewegung in Gefahr. Der 23-jährige Lutheraner gilt als das Gesicht der sogenannten „Regenschirm-Bewegung“, die sich für mehr Demokratie in der autonomen Sonderverwaltungszone der Volksrepublik einsetzt. Er hatte bereits im Mai gegenüber der Evangelischen Nachrichtenagentur idea die Befürchtung geäußert, dass er als prominenter Vertreter der Protestbewegung Hauptziel des neuen Gesetzes werden könnte. Wong glaubt aber nicht daran, dass die Einführung des Gesetzes die Proteste beenden wird. Auf Twitter und Facebook begründete er dies mit der Beharrlichkeit der Hongkonger. Der Aktivist kündigte zwar den Rückzug aus der Partei an, betonte jedoch, dass er in Hongkong bleibe, „bis sie mich zum Schweigen bringen und auslöschen“.



# Deutschland: Appell: Amt des EU-Sondergesandten für Religionsfreiheit fortführen

Gemeinsame Initiative von 135 Parlamentariern aus CDU/CSU, SPD und FDP



135 Bundestagsabgeordnete setzen sich für die Weiterführung des Amtes des EU-Sonderbeauftragten für Religionsfreiheit, ein.

© pixabay

Berlin (idea) – „Mit großem Bedauern“ haben 135 Bundestagsabgeordnete in einer fraktionsübergreifenden Stellungnahme auf die Entscheidung der EU-Kommission reagiert, das Amt des EU-Sonderbeauftragten für Religionsfreiheit nicht fortzuführen. „Als Vorreiter für universelle Menschenrechte, für die sich die Europäische Union global einsetzt, darf die Kommission bei Fragen der Religionsfreiheit nicht wegsehen“, so die Politiker von CDU/CSU, SPD und FDP. In einer Zeit, in der die Verfolgung von religiösen Minderheiten aller Glaubensrichtungen zunehme, brauche man vielmehr eine starke europäische Stimme. Die Abgeordneten fordern die Bundesregierung auf, sich während der deutschen EU-Ratspräsidentschaft dafür einzusetzen, „dass die bisherige erfolgreiche Arbeit des EU-Sondergesandten für Religionsfreiheit fortgesetzt wird“. Im Mai 2016 hatte der damalige Präsident der Europäischen Kommission, Jean-Claude Juncker, das Amt geschaffen. Das Mandat des bisherigen Amtsinhabers, des Slowaken Jan Figel, war Ende Oktober 2019 ausgelaufen. Ein Sprecher der EU-Kommission begründete die Entscheidung damit, dass sich sowohl ein Vizepräsident der EU-Kommission, der Grieche Margaritis Schinas, als auch der EU-Sonderbeauftragte für Menschenrechte und Demokratie, der Ire Eamon Gilmore, mit dem Thema Religionsfreiheit befassen. Initiatoren der gemeinsamen Stellungnahme sind die Abgeordneten Norbert Röttgen, Volker Kauder, Markus Grübel, Michael Brand (alle CDU), Daniela De Ridder (SPD), Marco Buschmann, Benjamin Strasser und Linda Teuteberg (alle FDP). Grübel ist auch Beauftragter der Bundesregierung für die weltweite Religionsfreiheit.

### **Evangelikale: Wegfall des Amtes wäre „für die Verfolgten ein Schlag ins Gesicht“**

Eine Beibehaltung des Amtes fordern auch der Beauftragte der Deutschen Evangelischen Allianz am Sitz des Bundestages und der Bundesregierung, Uwe Heimowski, und der für die ojcos-Stiftung tätige „Politische Fürsprecher für Religionsfreiheit im Irak“, David Müller (Reichelsheim/Odenwald). Wie es in einer gemeinsamen Mitteilung heißt, nimmt die Verfolgung religiöser Minderheiten weltweit zu. Allein bis zu 200 Millionen Christen müssten mit Einschränkungen und Verfolgung leben, aber auch Jesiden, Ahmadiyya, Buddhisten, Juden, Bahai und Muslime seien betroffen. Damit der Einsatz für Religionsfreiheit zu Erfolgen führen könne, müsse Europa hier „mit einer klaren und einhelligen Stimme sprechen“. Ein Wegfall des Amtes wäre laut Heimowski und Müller „kontraproduktiv und für die Verfolgten ein Schlag ins Gesicht“. Die beiden Evangelikalen begrüßen das fraktionsübergreifende Votum der 135 Bundestagsabgeordneten sowie die „positiven Signale“ aus dem EU-Parlament für das Anliegen.

# Deutschland: Islam-Expertin kritisiert Landesregierung

## Nordrhein-Westfalen: Herrmann-Marschall: Innenminister informiert zu wenig über radikale Muslime

Düsseldorf/Bochum (idea) – Die nordrhein-westfälische Landesregierung informiert die Öffentlichkeit und politische Institutionen zu wenig über die Aktivitäten von verfassungsfeindlichen islamischen Organisationen. Dadurch können radikale Muslime auf kommunalpolitischer Ebene an Einfluss gewinnen. Diese Ansicht vertrat die Islam-Expertin Sigrid Herrmann-Marschall (Düsseldorf) gegenüber der Evangelischen Nachrichtenagentur idea. Hintergrund sind Vorgänge um die Khaled-Moschee in Bochum, die vom Islamischen Kulturverein Bochum (IKB) betrieben wird. Der Bochumer Stadtrat hatte in einer nichtöffentlichen Sitzung im Sommer 2019 darüber beraten, einen Neubau der Moschee finanziell zu unterstützen. Im Mai hatte die CDU Bochum dem IKB auf ihrer Facebookseite zum Neubau gratuliert. Die Moschee wird laut einer Antwort der Landesregierung auf eine Anfrage der AfD-Landtagsfraktion im Februar 2019 vom nordrhein-westfälischen Verfassungsschutz beobachtet und als Anlaufstelle für Aktivisten der Muslimbruderschaft eingestuft. Die international operierende Organisation lehnt die demokratische Ordnung ab und tritt für die Errichtung eines islamischen Gottesstaates ein. Im nordrhein-westfälischen Verfassungsschutzbericht 2019 hatte Landesinnenminister Herbert Reul (CDU) vor den verfassungsfeindlichen Bestrebungen der Muslimbruderschaft gewarnt, aber nicht auf die Verbindungen zur Khaled-Moschee hingewiesen.

## Islamisten stellen sich als akzeptable Gesprächspartner dar

Der Vorgang zeige, „dass die Bedrohung durch die Muslimbruderschaft von der nordrhein-westfälischen Politik nicht sonderlich ernst genommen wird“, so Herrmann-Marschall. Das erleichtere den Islamisten, sich als akzeptable Gesprächspartner auf lokaler Ebene zu präsentieren. Teil ihrer Strategie sei zum Beispiel, Umwelt- und Klimaschutzthemen aufzugreifen. So habe der IKB eine Aktion „Grüne Moschee“ gestartet. Durch diese Aktivitäten könnten die Islamisten zwar nicht den Verfassungsschutz täuschen, wohl aber Entscheidungsträger in der Kommunalpolitik. Wenn die Landesregierung die Erkenntnisse des Verfassungsschutzes nicht an die politischen Institutionen vor Ort weitergebe, drohten die Warnungen vor verfassungsfeindlichen islamischen Organisationen „wirkunglos zu verpuffen“.

# Deutschland: Messerangriff in Auer Pfarrhaus: Urteile stehen fest

Landgericht Chemnitz verhängte Bewährungsstrafe gegen 17-jährigen Syrer

Chemnitz/Aue (idea) – Ende Dezember hatte ein Messerangriff auf einen ehrenamtlichen Helfer einer Weihnachtsfeier für Hilfsbedürftige in Aue für Aufsehen gesorgt. [Anmerkung: AKREF berichtete](#)) Nun hat das Landgericht Chemnitz den jugendlichen Haupttäter, einen 17-Jährigen Syrer, wegen gefährlicher Körperverletzung zu einer Bewährungsstrafe von einem Jahr verurteilt. Sein 54-jähriger Vater erhielt aus gleichem Grund eine Freiheitsstrafe von sechs Monaten. Sie gilt durch die Untersuchungshaft als abgegolten. Ein dritter Angeklagter aus dem Libanon wurde freigesprochen. Bei der Veranstaltung der Evangelisch-Lutherischen St.-Nicolai-Kirchgemeinde war am 24. Dezember 2019 ein 51-Jähriger durch einen Messerstich lebensgefährlich verletzt worden. Laut Pfarrer Jörgen Schubert hatte er einen Streit zwischen einer Gruppe von Männern aus Syrien und einem Iraner schlichten wollen. Dabei habe ihm einer der Beteiligten ein Messer in den Bauch gestoßen. Der Mitarbeiter musste notoperiert werden. An der Weihnachtsfeier hatten rund 100 Besucher unterschiedlicher Nationalitäten und 30 ehrenamtliche Helfer aus der Gemeinde teilgenommen. Sie wird seit 17 Jahren veranstaltet. Dem 51-jährigen Mitarbeiter geht es mittlerweile wieder besser. Bei der Verhandlung trat er als Nebenkläger auf. Wie er gegenüber der Evangelischen Nachrichtenagentur idea sagte, haben sich die Täter inzwischen bei ihm entschuldigt. Jedoch seien die Aussagen der Zeugen im Prozess nicht so übereinstimmend gewesen, wie er es sich erhofft habe. Das Urteil beschäftige ihn darum noch. „Erst mal beten und dann weitersehen“, so sein Fazit.

# Deutschland: Nigerianischer Priester erhält Stephanuspreis für verfolgte Christen

Preisträger ist der frühere Generalvikar Obiora Francis Ike – Feier erst 2021



Der nigerianische Priester und Menschenrechtler Obiora Francis Ike erhält Stephanuspreis für verfolgte Christen

© privat/idea

Frankfurt am Main (idea) – Der nigerianische Priester und Menschenrechtler Obiora Francis Ike erhält am 3. Juli den diesjährigen Stephanuspreis für verfolgte Christen. Der 64-Jährige war von 1998 bis 2009 Generalvikar des Bistums Enugu im Süden Nigerias. Heute ist er Direktor der schweizerischen Stiftung Globethics.net (Genf). Die Vorsitzende der Stephanus-Stiftung, Michaela Koller (Frankfurt am Main), erklärte: „Professor Ike ist Brückenbauer zwischen Europa und Afrika, Muslimen und Christen sowie zwischen Gegenwart und Zukunft. Wir ehren ihn, weil er trotz der Gefahr für sein Leben unbeirrt und emsig an seinem Einsatz besonders für die junge Bevölkerung seiner Heimat festhält. Wir würdigen seine überzeugenden Bemühungen für mehr Frieden und Zuversicht.“ Obiora Ike entging 2002 nur knapp einem Mordanschlag. Er ist laut Mitteilung der Stiftung überzeugt: „Bildung gibt einem Kind einen Schlüssel für die Zukunft.“ Mit seinem Programm stehe Ike genau für das, was die islamistische Terrormiliz Boko Haram (übersetzt: Westliche Bildung ist Sünde) bekämpfe. Sie ist berüchtigt für ihre Massaker an der Zivilbevölkerung. Die Terrororganisation verfolgt Christen im Norden Nigerias, bekämpft aber auch Muslime, die sich nicht ihrer Weltsicht anschließen. Wegen der Corona-Pandemie wird es in diesem Jahr keinen Festakt mit Preisverleihung geben. Eine Feier mit Laudatio des katholischen Publizisten Martin Lohmann (Bonn) wird voraussichtlich im kommenden Jahr stattfinden. Die Auszeichnung ist mit 1.000 Euro dotiert. Die 2006 gegründete Stephanus-Stiftung für verfolgte Christen ist nach dem Diakon der christlichen Urgemeinde in Jerusalem benannt, der als erster Märtyrer wegen seines Bekenntnisses zu Jesus Christus gesteinigt wurde.

# Deutschland: Predigtverbot gegen Pastor Olaf Latzel

**Staatsanwaltschaft Bremen erhebt Anklage gegen Pastor Latzel – Er soll in einem Eheseminar volksverhetzende Äußerungen von sich gegeben haben**

Bremen (idea) – Die Staatsanwaltschaft Bremen hat gegen den evangelikalen Pastor der St.-Martini-Gemeinde, Olaf Latzel, Anklage erhoben. Das bestätigte die Pressesprecherin des Amtsgerichts Bremen, die Richterin Cosima Freter, gegenüber der Evangelischen Nachrichtenagentur idea. Ob allerdings ein Verfahren eröffnet werde, sei noch unklar. Zunächst müsse der Sachverhalt geprüft werden. Das könne bis zum Herbst dauern. Wie es in einer Mitteilung der Staatsanwaltschaft heißt, wird Latzel zur Last gelegt, am 19. Oktober 2019 in einem Eheseminar volksverhetzende Äußerungen von sich gegeben zu haben: „So bezeichnet der Angeschuldigte Homosexuelle generalisierend als Verbrecher und die Homosexualität als Degenerationsform der Gesellschaft.“ Menschen, die in Bezug auf ihre Geschlechtsidentität von der angeblichen Norm abweichen, würden als Genderdreck und als Angriff auf die göttliche Schöpfungsordnung benannt, so die Staatsanwaltschaft weiter.

## Ein Eheseminar mit Folgen

Zum Hintergrund: Latzel hatte in einem Eheseminar 2019 in seiner St.-Martini-Gemeinde, das auf YouTube veröffentlicht wurde, unter anderem über Homosexuelle gesprochen. Dabei sagte er: „Überall laufen diese Verbrecher rum vom Christopher Street Day.“ Für die Verwendung des Wortes „Verbrecher“ entschuldigte er sich später öffentlich. Er habe damit nicht allgemein homosexuell lebende Menschen gemeint, „sondern militante Aggressoren, die uns als Gemeinde in den letzten Jahren immer wieder angegriffen und gotteslästerlich diffamiert haben“. Das Video wurde inzwischen gelöscht. Wiederholt war die St.-Martini-Kirche mit antichristlichen Schriftzügen beschmiert worden. Auch Gottesdienste wurden gestört. Latzel erhielt sogar Morddrohungen.

## Disziplinarverfahren bleibt bestehen

Wie die Bremische Evangelische Kirche mitteilte, bleibt das am 14. Mai eröffnete kirchliche Disziplinarverfahren bestehen. Für die Dauer des Strafverfahrens bleibe es ausgesetzt. Weiter heißt es, dass die Kirchenleitung Olaf Latzel für Freitag, den 3. Juli, zu einem Dienstgespräch eingeladen habe. Zu den aktuellen Vorgängen darf Latzel sich aufgrund des Disziplinarverfahrens nicht öffentlich äußern.

## Bibelstunde abgesagt

Unterdessen teilte ein Mitglied des Gemeindevorstandes der St.-Martini-Gemeinde, Michael Franke, auf YouTube und in einer Audiobotschaft auf der Internetseite der Gemeinde am 29. Juni mit, dass die für den Abend vorgesehene Bibelstunde mit Olaf Latzel ausfallen müsse. Von der Bremischen Evangelischen Kirche sei eine einstweilige Verfügung eingegangen. Wie die Evangelische Nachrichtenagentur idea erfuhr, gehört dazu auch ein Predigtverbot gegen Latzel. Nähere Angaben dazu macht Franke nicht: „Wir sind tief betroffen.“ Man hoffe auf Gott, „dass er uns aus diesem finsternen Tal herausführen möge“. Zu Anfang seiner kurzen Stellungnahme hatte Franke den 23. Psalm vorgelesen, wo ebenfalls vom „finsternen Tal“ die Rede ist. Franke rief die Gemeinde zum Gebet für diesen nach seinen Worten „unbegreiflichen Vorgang“ auf. Am kommenden Sonntag werde sich der Kirchenvorstand ausführlicher zu den Vorgängen äußern.

## Pressesprecherin: „Nichts Neues“ – Präsidentin Bosse: Latzels Lehre erzeugt Hass

Die Pressesprecherin der BEK, Sabine Hatscher, sagte auf idea-Anfrage am 29. Juni, dass es im Fall Latzel „nicht Neues“ gebe. Angesprochen auf die Äußerungen von Michael Franke über die einstweilige Verfügung teilte sie am nächsten Tag mit, dass die Kirche dem Dienstgespräch mit Pastor Latzel nicht vorgreifen wolle. In einer Videobotschaft hatte die Präsidentin des Kirchentages (Synode) der Bremischen Evangelischen Kirche (BEK), Edda Bosse (66), zuvor scharfe Kritik an den Aussagen Latzels geübt. Unter anderem sagte sie: „Die Art der Lehre, wie sie in diesem unseligen Eheseminar geäußert wurde, erzeugt Hass.“

## Über 19.000 Unterschriften für Latzel

Hinter Latzel haben sich Tausende Christen in ganz Deutschland gestellt. Über 19.000 Unterzeichner forderten in einer Petition die Bremische Evangelische Kirche (BEK) auf, das Disziplinarverfahren gegen Latzel einzustellen. Der Initiator der Petition, der Theologiestudent Jonas Eberhardt (Bergneustadt bei Gummersbach), übergab die Unterschriften am 4. Juni dem Leiter der Kirchenkanzlei, Johann Daniel Noltenius. Latzels im Internet übertragenen Gottesdienste zählen allein auf YouTube teilweise mehr als 30.000 Zuschauer. Bereits 2015 hatte die Staatsanwaltschaft Bremen geprüft, ob eine Predigt Latzels den Anfangsverdacht einer Straftat wie Volksverhetzung oder Beschimpfung einer Religionsgemeinschaft erfülle. Damals hieß es, dass seine Äußerungen durch die grundgesetzlich zugesicherte Meinungs- und Religionsfreiheit gedeckt seien.

# Ecuador: Bischöfe beklagen Korruption

## „Ein Verbrechen und ein Todesurteil für Arme“

Quito (Fides) - "Angesichts der skandalösen Verbreitung von Korruptionsfällen, die die ecuadorianische Gesellschaft prägen, möchte die Ecuadorianische Bischofskonferenz, in einer Zeit, in der unser Volk unter den schwerwiegenden Folgen der Covid-19-Pandemie leidet, Folgendes zum Ausdruck bringen", heißt es zu Beginn eines öffentlichen Briefes der ecuadorianischen Bischöfe zum Thema Korruption.

Es folgen eine Reihe von Denkanstößen und Klagen über Missstände, wobei die Bischöfe ihre Verbundenheit mit den Angehörigen der vielen Toten zum Ausdruck bringen, die ihrem Schicksal überlassen wurden; in diesem Zusammenhang beklagen sie auch die weit verbreitete Korruption, die vor allem die Armen direkt und erbarmungslos belastet und die Tatsache, dass das Recht auf Leben in einem Land, in dem Gesundheit zu einem Geschäft geworden ist nicht gewährleistet sei, wozu auch der Mangel an medizinischen Ressourcen aufgrund korrupter Misswirtschaft beitrage.

"Korruption ist ein Verbrechen", mahnt die Bischofskonferenz, „das viele arme Menschen zum Tode verurteilt. Sie stiehlt einem Volk, das Arbeit und Brot braucht, die Hoffnung". Darüber hinaus sei Korruption "eine schwere Sünde und ein moralisches Vergehen, die mit dem christlichen Glauben unvereinbar sind."

"Wir müssen alle am Ende unseres Lebens Rechenschaft ablegen, auch die Korrupten müssen vor Gott treten", so die Bischöfe abschließend, "Genau aus diesem Grund bitten wir um eine umfassende und tiefgreifende Aufklärung, damit das gestohlene Geld an unsere Gesellschaft zurückgegeben wird. Ein Volk, das Würde besitzt, darf sich nicht an Korruption und Straflosigkeit beteiligen."

(CE) (Fides 1/07/2020)



# Elfenbeinküste: Katholischer Priester organisiert Radiokonferenzen

zum Thema: "Wie wird die Welt nach Covid-19 sein?"

Abidjan (Fides) – „Wie wird die Welt nach Covid-19 sein? Wird sie noch diesselbe sein wie zuvor oder wird es eine andere sein? Wie kann die globale Gesundheitskrise eine Gelegenheit sein, unsere Gewohnheiten grundlegend zu ändern und uns tugendhafter zu verhalten?“, diese Fragen, stellt Pfarrer Norbert Erick Abekan von der Gemeinde „Sainte Famille de la Riviera 2“, der in Zusammenarbeit mit „Grand Conférences d'Abidjan“ und „Radio Espoir“ eine Reihe von Konferenzen organisiert, die sich im Licht des Evangeliums mit den Herausforderungen Afrikas in der Zeit nach der Covid-19-Pandemie befassen sollen und zur der renommierte Gäste aus vielen Bereichen und Disziplinen eingeladen sind.

Ab dem 1. Juli wird der Bistumssender der Diözese Grand-Bassam „Radio Espoir“ jeden Mittwoch und Freitag um 20:00 Uhr zusammen mit anderen katholischen Medien in der Elfenbeinküste die Konferenzen ausstrahlen, bei denen Redner aus den Bereichen Soziologie, Anthropologie, Philosophie, Theologie und Psychologie, versuchen einen Beitrag zur Debatte über die Schaffung einer neuen Sichtweise auf Dinge und die Welt zu leisten.

(S.S.) (Fides 1/7/2020)

# Gemeinsame Mitteilung der ojcos-stiftung und der Evangelischen Allianz in Deutschland

## EU-Sonderbeauftragter für Religionsfreiheit muss bleiben!

### Religionsfreiheit ist ein Menschenrecht

"Religionsfreiheit ist ein Menschenrecht. Artikel 18 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte stellt fest: "Jeder Mensch hat Anspruch auf Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit". Dennoch nimmt die Verfolgung religiöser Minderheiten weltweit zu. Allein bis zu 200 Millionen Christen müssen mit Einschränkungen und Verfolgungen leben, aber auch Yeziden, Ahmadiyya, Buddhisten, Juden, Bahai oder Muslime sind betroffen. Mit der Einsetzung eines Beauftragten für weltweite Religionsfreiheit hat die Bundesregierung in dieser Legislaturperiode ein deutliches Zeichen gesetzt, dass sie diese Menschenrechtsverletzungen nicht toleriert und in internationalen Verhandlungen zur Sprache bringen wird.

Damit dieser Einsatz zu Erfolgen führen kann, muss aber auch Europa hier mit einer klaren und einhelligen Stimme sprechen. Die aktuelle Diskussion darüber, das Amt des EU-Sonderbeauftragten für Religionsfreiheit, das der Slowake Ján Figel von 2016 bis 2019 innehatte, nicht weiterzuführen, ist für das Anliegen mehr als kontraproduktiv und für die Verfolgten ein Schlag ins Gesicht.

Unsere Besorgnis haben wir gegenüber verschiedenen Abgeordneten des Deutschen Bundestags und des Europäischen Parlaments deutlich zum Ausdruck gebracht. Daher begrüßen wir die fraktionsübergreifende Resolution von 135 Mitgliedern der Fraktionen von CDU/CSU-, SPD- und FDP im Deutschen Bundestag, die sich für die Beibehaltung des Amtes des Sonderbeauftragten einsetzen sowie die positiven Signale, die uns aus dem EU-Parlament signalisiert wurden.

Gemeinsam mit den Parlamentariern fordern wir als Nichtregierungsorganisationen die EU-Kommission auf, bei Ihren Beratungen in den nächsten Tagen umzudenken, und das Amt schnellst möglich wieder zu besetzen sowie es nachhaltig im Haushalt zu verankern und mit entsprechenden Mitteln auszustatten.

Ein starkes Europa ist ein Europa als christliche Wertegemeinschaft, die sich an Menschen- und Freiheitsrechten orientiert."

*Uwe Heimowski,*

*Beauftragter am Sitz des Deutschen Bundestages und der Bundesregierung der Deutschen Evangelischen Allianz, Berlin*  
*[uwe.heimowski@ead.de](mailto:uwe.heimowski@ead.de) / [politik.ead.de](http://politik.ead.de)*

*David Müller,*

*Politischer Fürsprecher für Religionsfreiheit im Irak*  
*ojcos-stiftung, Reichelsheim*  
*[mueller@ojcos-stiftung.de](mailto:mueller@ojcos-stiftung.de) / [www.ojcos-stiftung.de/irak](http://www.ojcos-stiftung.de/irak)*

# Indien: Brandstifter verbrannten Kirche

## Brandstifter verbrannten eine Kirche im ländlichen Vayalur

Der sehbehinderte Pastor, der die Real Peace Gospel Church im ländlichen Vayalur leitet, sagte: „Wir verdächtigen niemanden im Besonderen. Menschen aller Glaubensrichtungen kommen hierher, um zu beten. Vielleicht hat es jemand aus Neid getan, aber wir vergeben ihm“.

Die Polizei untersucht den Brand, der das vor zehn Jahren errichtete Strohdach der Kirche zerstörte und das Gebäude völlig ausbrannte. In den Ruinen waren die verkohlten Überreste von einer Trommel, Mikrofonen und einem Tisch zu sehen.

Seit Beginn der landesweiten Coronavirus-Ausgangssperre im März wurden in der Kirche keine Gottesdienste abgehalten. Pastor Ramesh sagte: „Es kann kein elektrischer Kurzschluss gewesen sein. Wir verwenden während des Gottesdienstes nur wiederaufladbare Batterien und nehmen sie wieder mit“. Das Gebäude war nicht an das Stromnetz angeschlossen.

Sajan K. George, Präsident des Global Council of Christians of India (GCCCI), hält das Feuer für einen Brandanschlag und fügte hinzu, dass Extremisten trotz der Ausgangssperre weiterhin Angst unter den Christen in der indischen Hindu-Mehrheit schüren. „Wir sind beunruhigt über diesen Angriff, während sich die Regierung mit der Pandemie-Krise auseinandersetzt“, sagte er.

„Indien ist eine säkulare Demokratie, und Christen sind für niemanden eine Bedrohung. Nur 2,3 Prozent der Bevölkerung sind Christen, Tendenz fallend. Trotzdem greifen radikale Gruppen weiterhin Christen an, schüchtern sie ein und verbrennen ihre Kirchen“, fügte der christliche Führer hinzu.

Im Mai berichtete die ADF (Alliance Defending Freedom India Trust - Allianz zur Verteidigung der Freiheit in Indien), dass mindestens drei christliche Familien im indischen Bundesstaat Chhattisgarh von religiösen Extremisten daran gehindert worden seien, ihre Angehörigen zu begraben. Verfolgung und Gewalttaten gegen Gläubige gingen auch während der Corona-Ausgangssperre weiter.

ADF-Anwälte sagten, sie hätten auch Berichte über sechs Vorfälle gezielter Gewalt gegen Christen im Bundesstaat Chhattisgarh und drei Vorfälle antichristlicher Gewalt im Bundesstaat Jharkhand im April erhalten. Im Nachbarstaat Odisha (ehemals Orissa) wurde im Juni ein 14-jähriger christlicher Junge in seinem Dorf im Bezirk Malkangiri von örtlichen Extremisten gefoltert und ermordet.

Nach Angaben der Evangelical Fellowship of India (EFI) stieg die Zahl der registrierten Vorfälle von Gewalt und Hassverbrechen gegen Christen im Jahr 2019 auf 366 Vorfälle an, gegenüber 325 im Vorjahr. Der EFI-Jahresbericht, der im März veröffentlicht wurde, enthüllte, dass der Bundesstaat Tamil Nadu im Jahr 2019 mit 60 Angriffen die zweithöchste Anzahl von Angriffen auf Christen aufwies, hinter dem Bundesstaat Uttar Pradesh, der 86 Angriffe verzeichnete.

Quelle: Aus Kontakten des Barnabas Fund und anderen Quellen übersetzt für AKREF

# Jemen: Es geht um Leben und Tod

## Christliche Nothilfeorganisation befürchtet Verschärfung der humanitären Lage

Sanaa/Berlin (idea) – Seit fünf Jahren Bürgerkrieg, außerdem Hunger, Wassermangel und Krankheitsausbrüche, etwa durch Cholera: Das Leid der Menschen im Jemen erreichte schon vor der Corona-Pandemie ein dramatisches Ausmaß. Die anhaltende Ausbreitung von Covid-19 habe daher fatale Folgen für das krisengebeutelte und geschwächte Land, warnt der geschäftsführende Leiter für Internationale Programme des **deutschen Zweigs der christlichen Nothilfeorganisation Medair**, Steffen Horstmeier (Berlin). „Es geht schlicht um Leben und Tod. Das Leid ist unvorstellbar groß“, sagte er der Evangelischen Nachrichtenagentur idea. 75 Prozent der rund 28 Millionen Jemeniten benötigten bereits vor der Pandemie lebensrettende Hilfe. Das Gesundheitssystem stehe kurz vor dem Kollaps. Es mangle an Medikamenten und medizinischer Ausrüstung. Horstmeier zufolge müssen sich unterernährte Mütter um ihre geschwächten Kinder kümmern: „Dem Coronavirus können sie nichts entgegensetzen.“

## Massiver Anstieg von Infektionen

Offiziell sind nach Angaben der Weltgesundheitsorganisation WHO mehr als 1.100 Menschen im Jemen mit dem Coronavirus infiziert. Über 300 Menschen seien in Verbindung mit Corona gestorben. Täglich steige die Zahl der Infektionen weiter an. Laut Medair könnte die Dunkelziffer weit höher liegen. Horstmeier zufolge ist das fragile Gesundheitssystem für die Bewältigung einer Pandemie nicht gerüstet. Auch Schutzmaßnahmen durch die Bevölkerung könnten nicht greifen. Nahezu jeder zweite Jemenit habe keinen Zugang zu sauberem Wasser, Toiletten und medizinischer Grundversorgung. In schwer zugänglichen Landesteilen unterstützt die Hilfsorganisation die Bevölkerung mit Wasserprojekten sowie Gesundheits- und Ernährungsdiensten für Mütter, Säuglinge und Kleinkinder. Bereits im April – vor den ersten Infektionsfällen – verteilte das Werk Covid-19-Schutzausrüstung in elf Gesundheitseinrichtungen und schulte medizinisches Personal in Hygieneregeln, so Horstmeier. Einheimische Helfer klärten Dorfbewohner über das Virus auf. Jedoch seien Schutzmaterialien wie Mund-Nase-Masken inzwischen fast aufgebraucht. Flugzeuge könnten aufgrund des anhaltenden Konflikts im Jemen nur sehr eingeschränkt landen. Der Nachschub vor allem für die Gesundheitszentren bleibe somit aus.

## Das Leid der Kinder

Auch das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (UNICEF) befürchtet eine Verschlimmerung der Lage im Jemen. Wegen fehlender internationaler Hilfgelder und der Ausbreitung von Covid-19 könnte bis Jahresende die Zahl mangelernährter Kinder auf 2,4 Millionen ansteigen. Das entspräche fast der Hälfte aller Kinder im Land, so die Prognose. Millionen Kinder drohten bereits in den kommenden Monaten „an den Rand einer Hungersnot“ zu geraten, heißt es in einem am 26. Juni erschienenen UNICEF-Bericht. „Im Jemen erlebt ein Kind an einem Tag so viel Ungerechtigkeit und Not, wie sie die meisten Menschen in ihrem ganzen Leben nicht erfahren werden“, so die UNICEF-Repräsentantin für den Jemen, Sara Beysolow Nyanti.

# Kirgistan: Gebet für geplante Sommerfreizeiten

( Licht im Osten) Die geplanten Sommerfreizeiten können wegen der Corona-Situation leider entweder gar nicht oder nicht in vollem Umfang durchgeführt werden. Wichtige Genehmigungen fehlen bis jetzt. Derzeit herrscht Gesetzlosigkeit. Die Regierung fürchtet eine Revolution, und es ist nicht ausgeschlossen, dass alle Städte wieder mit Straßensperren abgeriegelt werden. Bitte beten Sie:

dafür, dass die Menschen im Land innerlich und äußerlich zur Ruhe kommen.

um Weisheit für die Regierung in allen Maßnahmen.

dass trotz allem gerade Kinder aus bedürftigen und schwierigen Familienverhältnissen ein gutes Sommerferienangebot bekommen können, bei dem sie den Gott der Liebe und des Friedens persönlich kennenlernen.

**Bitte beten Sie weiter auch für die anderen Einsatzländer im Osten:**

dass sich viele Menschen in der derzeitigen Situation an den lebendigen Gott wenden und in ihm Halt und Hoffnung finden.

dass unsere Missionare weiterhin vor allem durch die Online- Möglichkeiten noch viel mehr Menschen als zuvor mit dem Evangelium erreichen.

dass die Funktion des Internets für diesen Zweck erhalten bleibt.

dass unsere Missionare Weisheit haben, welchen Menschen in ihrer Umgebung sie materiell helfen sollen und können.

dass die dafür nötigen finanziellen Mittel eingehen, auch über unser aktuelles Spendenprojekt „Nothilfe in Corona-Zeiten“ (nähere Informationen dazu siehe [www.lio.org](http://www.lio.org)).

dass unsere Partner Klarheit darüber bekommen, welche Aktivitäten im Sommer möglich sein werden und in welcher Form, und dass sie bald damit beginnen können, da die Sommerferien im Osten schon im Gange sind.



## Kongo: Kinder bezahlen den höchsten Preis

Kriege, Gewalt, Hungersnot, Ebola und nun Corona

Kinshasa (Fides) – Mit einem kürzlich veröffentlichten Foto dokumentiert das Kinderhilfswerk UNICEF den Zustand der kongolesischen Kindheit und der zu einem der besorgniserregendsten der Welt gehört. Für jahrzehntelange Kriege und politischen Instabilität, endemische Armut (in einem Land, das eigentlich unendlichen Ressourcen besitzt), den ständigen Exodus von Zehntausenden Familien und nicht zuletzt zahlreiche Epidemien, zahlen letztendlich Kinder den höchsten Preis. Seit Anfang des Jahres sind bereits hundert Beschwerden über schwerwiegende Verstöße gegen die Kinderrechte bei dem Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen eingegangen, während die überwiegende Mehrheit der 200.000 Menschen, die von Januar bis heute fliehen mussten, Minderjährige sind.

„Während sich die ganze Welt, einschließlich des Kongo, heute nur noch mit dem Coronavirus auseinandersetzt“, beklagt Pater Gaspare Di Vincenzo, der als Comboni-Missionar in Butembo, Nord-Kivu, tätig ist gegenüber Fides, „geht der Krieg hier ungestört weiter und spitzt sich sogar noch zu. Aus den Gebieten Nord-Kivu und Ituri gibt es Nachrichten über Massaker und aus dem, was uns die Flüchtlinge erzählen, darunter auch einige unserer Laien, deren Familien ermordet wurden wurden, verwüsten an der Grenze zu Uganda die Milizen alles und machen Jagd auf Zivilisten, deren Häuser und Grundstücke in dieser Gegend sie sich aneignen. Derzeit gibt es

2500 Familien, die hier bei uns in Butembo Zuflucht gefunden haben. Es sind einheimische Familien in Situationen, die, wie man sich vorstellen kann, äußerst prekär sind. Wir Comboni-Missionare versuchen, die Grundbedürfnisse zu befriedigen, auch dank der Hilfe aus Italien. Die einheimische Caritas ist in Schwierigkeiten und kann nicht eingreifen. Wie auch UNICEF berichtet, sind die Kinder ganz offensichtlich die ersten, die dafür bezahlen. Sie haben nicht nur Familienmitglieder verloren und sind Zeugen von Gewalt, sondern leiden auch unter schwerer Unterernährung. Wir betreuen hier ungefähr fünfzig Waisen und Straßenkinder, aber die Situation der Kinder in unserem Land ist dramatisch.“

In der Demokratischen Republik gibt es auch erneut Ausbrüche des Ebola-Virus, dass derzeit in den westlichen Teilen des Landes wieder aufgetreten ist und neue Opfer fordert.

"Bei uns und im gesamten Gebiet um Beni gibt es seit einiger Zeit keine Fälle mehr ( seit 2018 waren hier insgesamt 2.134 Menschen an Ebola gestorben, Anm.d.R.), aber es erreichen uns Nachrichten aus den westlichen Regionen, die nach den verfügbaren Daten in der Provinz Equateur sehr schlecht sind. Die ersten neuen Todesfälle wurden dort bereits registriert (laut Regierungsquellen 5). Auch der Kongo befasst sich zur Zeit vor allem mit dem Coronavirus (6700 Infizierte und 53 Tote, Anm.d.R.), und die Einschränkungen verursachen enormen Schaden für die ohnehin fragile Wirtschaft. Wir hoffen nun, dass der Ausbruch rasch eingedämmt wird, sonst wäre es eine weitere Tragödie für die Menschen.“

(L.A.) (Fides 30/6/2020)

# Malawi: Gratulation für neuen Präsidenten

## Katholische Bischöfe gratulieren neu gewähltem Präsidenten: „Möge er seine Versprechungen einhalten“

Lilongwe (Fides) – "Wir möchten Lazarus McCarthy Chakwera und Saulos Klaus Chilima zu ihrer Wahl in das Amt des Präsidenten und des Vizepräsidenten der Republik Malawi gratulieren", so die Bischöfe von Malawi in einer Erklärung vom 27. Juni, nachdem die Unabhängige Wahlkommission (MEC) den Vorsitzenden des Oppositionsbündnisses, Lazarus McCarthy Chakwera, zum Gewinner der Präsidentschaftswahlen vom 23. Juni erklärt hatte, der er gegen den scheidenden Präsidenten Peter Mutharika mit 58,57% der Stimmen als Sieger aus der Wahl hervorging.

"Wir fordern sie auf, ihre Versprechen zu erfüllen und sich auf den Grundlagen der Rechtsstaatlichkeit und der Verfassung für die Bekämpfung von Korruption einzusetzen und sich um hochwertiger öffentliche Dienstleistungen zu bemühen und bei der wirtschaftlichen Entwicklung zu fördern, damit sie ihre Führungsrolle im Dienste der Bürger und der Einheit ausüben, hoffen die Bischöfe.

Im Februar hatte das Verfassungsgericht von Malawi den Sieg Mutharikas bei der Wahl im Mai 2019 aufgrund von schwerem Wahlbetrug annulliert und Neuwahlen angeordnet. Der Wahlkampf war von Spannungen geprägt. Aus diesem Grund loben die Bischöfe "die Wahlkommission von Malawi, die Armee, die Polizei, die Organisationen der Zivilgesellschaft, die Medien und die Bürger dafür, dass sie diesen demokratischen Meilenstein inmitten von Turbulenzen und politischer, institutioneller und finanzieller Unsicherheiten erreicht haben".

Die Bischöfe weisen darauf hin, dass die Wahlkommission "ein sehr hohes Maß an Professionalität bei der Leitung der Neuwahlen gezeigt hat. Es ist auch erfreulich und lobenswert, dass die neu eingerichtete Kommission die Wahlen trotz schwerwiegenden finanzieller Einschränkungen abgehalten hat. Die Kompetenz und die Fähigkeiten, die dabei unter Beweis gestellt wurden, haben das Vertrauen der Öffentlichkeit in den Wahlprozess in Malawi wiederhergestellt."

Die Bischofskonferenz lobte auch die Armee des Landes, "die zur Gewährleistung der Sicherheit während der Wahl beitrug und Bürger, Wähler und Wahlpersonal während der Wahl und der nachfolgenden Operationen wie der Auszählung der Stimmen, der Übermittlung der Ergebnisse und endgültige Berechnung des Ergebnisses auf nationaler Ebene beigetragen hat" und die Polizei, die "während des Wahltages außergewöhnliche berufliche Standards bewiesen hat".

Die Bischöfe danken auch den zivilen und kirchlichen Wahlbeobachtern, die „dazu beigetragen haben, das Vertrauen der Bevölkerung in die Korrektheit der Abstimmung zu stärken“.

Schließlich beglückwünschte die Bischöfe auch die Bürger von Malawi, "für die Inanspruchnahme ihres Wahlrechts" und laden abschließend alle ein, "für Frieden, Einheit und Harmonie im Land zu beten".

Der 65-jährige Chakwera arbeitete zuvor als Pfingstprediger und Professor für Theologie. Präsident Chakwera, der ein Bündnis von neun Parteien, die "Tonse Alliance", anführte, genoss auch die Unterstützung des ehemaligen Präsidenten Joyce Banda.

(L.M.) (Fides 30/9/2020)

# Malawi: Pfingstkirchlicher Pastor ist neuer Präsident

**Der Wahlsieg von Lazarus Chakwera gilt als einzigartig in der Geschichte Afrikas**

Lilongwe (idea) – Im südostafrikanischen Malawi ist ein pfingstkirchlicher Pastor neuer Präsident des Landes. Am 28. Juni legte der Vorsitzende der Malawischen Kongresspartei (MCP), Lazarus Chakwera (65), den Amtseid ab, nachdem er bei den Wahlen am 23. Juni fast 59 Prozent der Stimmen gewonnen hatte. Er löste damit den seit 2014 regierenden Präsidenten Peter Mutharika (80) ab, der fast 40 Prozent der Stimmen erhielt. Bei der ursprünglichen Präsidentschaftswahl im Mai 2019 war Chakwera zunächst unterlegen. Wegen Unregelmäßigkeiten erklärte das Verfassungsgericht die Abstimmung jedoch für ungültig und ordnete Neuwahlen an. Daraufhin kam es monatelang zu massiven Unruhen im Land. Chakwera stammt Medienberichten zufolge aus einer armen Bauernfamilie nahe der Hauptstadt Lilongwe. Er studierte in Malawi und Südafrika Theologie und promovierte in den USA. Von 1983 bis 2000 lehrte er an der Theologischen Hochschule des Pfingstbundes „Assemblies of God“ (Versammlungen Gottes) in Lilongwe und leitete die Einrichtung ab 1996. Seit 1989 war Chakwera außerdem Leiter des Bundes in Malawi und legte dieses Amt im Mai 2013 nieder, um sich der Politik zu widmen. Der Sieg des Theologen gilt als historisch: Zum ersten Mal in Afrika gewann damit ein Oppositionskandidat die von einem Gericht angeordnete Neuwahl. Es ist nicht der erste Versuch Chakweras, das Präsidentschaftsamt zu erlangen. Bereits 2014 und 2019 trat er als Kandidat an, unterlag jedoch. Wie der Hörfunksender „Deutsche Welle“ (Bonn) berichtet, hatte er nach beiden Niederlagen seine Landsleute zum Frieden aufgerufen und dazu, den Wahlausgang anzuerkennen. Bei seiner Antrittsrede am Sonntag betonte er: „Meine Regierung wird die Korruption bekämpfen und den Traum der Gründerväter unserer Nation neu beleben, aus Malawi eine friedliche, wohlhabende Nation zu machen.“ Malawi zählt zu den ärmsten Staaten der Welt. Mehr als die Hälfte der rund 21 Millionen Einwohner lebt laut Weltbank unter der Armutsgrenze. Schätzungen zufolge sind etwa 77 Prozent Christen und 14 Prozent Muslime.



# Myanmar: „Frieden ist ein Gegenmittel gegen das Virus“

## Katholische Bischöfe

Yangon (Fides) - Die Bischöfe von Myanmar fordern den birmanischen Staat angesichts der aktuellen Gesundheitskrise zu mehr Engagement für Frieden und Versöhnung auf. "Frieden ist möglich, Frieden ist der einzige Weg. Richtige, faire und integrative Lösungen sind möglich, wenn die Feindseligkeiten eingestellt werden und der Wunsch nach einem Dialog tatsächlich besteht", so die Bischöfe der 16 katholische Diözesen im Land, die sich mehr und neues Bemühen um Möglichkeiten für einen soliden und dauerhaften Frieden wünschen. "Bei der COVID-19-Pandemie sind Versöhnung und Wiederaufbau der Nation die größten Herausforderungen. Dies ist ein Wahljahr. Dies ist das Jahr der Hoffnung", so Pfarrer Peter Sein Hlaing Oo, Exekutivsekretär der Bischofskonferenz.

„Wir danken für das selbstlose Engagement unserer Mitarbeiter des Gesundheitswesens im Kampf gegen die Pandemie. Trotz der tödlichen Herausforderung des Virus konnte das rasche Handeln der Behörden und medizinischem Personal die Pandemie bisher eindämmen. Ständige Wachsamkeit und der Ausbau der Kontroll- und Quarantänestrukturen sind wichtig. Auch rückkehrende Migranten brauchen unsere Fürsorge und unser Mitgefühl“, heißt es in der Verlautbarung der Bischöfe von Myanmar.

Die birmanischen Bischöfe zitieren die Worte von Papst Franziskus und sagen: "Nur vereint können wir diese Herausforderung bewältigen". Die Prälaten erinnern daran, dass vom Krieg heimgesuchte Regionen am anfälligsten sind. Der Generalsekretär der Vereinten Nationen, Antonio Guterres, und Papst Franziskus haben gefordert, dass alle Feindseligkeiten während der Pandemie eingestellt werden, doch ihr Aufruf zur Waffenruhe wurde nicht gehört. "Frieden ist das Gegenmittel gegen das Virus", stellen die Bischöfe fest und äußern sich deshalb besorgt über den anhaltenden Konflikt in Myanmar.

In den Staaten Kachin, Sharu Kay und Rakhine flammten Konflikte wieder auf. Das Büro der Vereinten Nationen für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten (OCHA) dokumentiert, dass es im Land fast 250.000 Binnenvertriebene gibt. Die Menschen, die in Flüchtlingslagern leben, "sind am verwundbarsten und wir sollten ihre Rechte respektieren", bemerken die Bischöfe in der Hoffnung, dass "die Eigentumsrechte der Vertriebenen in den Herkunftsstaaten geschützt werden".

„Der Konflikt in Rakhine verursacht qualvolle Schmerzen“, heißt es in der Verlautbarung weiter. "Der aktuelle Konflikt hat Tausende unschuldiger Menschen vertrieben und vertriebene Familien sind vom Hunger bedroht. Die Regenzeit und Covid-19 erhöhen das Risiko". Angesichts der Tatsache, dass der Zugang humanitärer Organisationen zum Staat Rakhine immer noch problematisch ist, fordern die Bischöfe die Regierung von Myanmar und die Streitkräfte zur "Einhaltung des humanitären Völkerrechts" auf.

"Myanmar ist ein Land aus Gold", bekräftigen die Bischöfe. „Dieses Land ist mit großen natürlichen und menschlichen Ressourcen gesegnet. Frieden würde sich positiv auf alle auswirken. Wir können wieder zu einem der reichsten Länder Südostasiens werden, wenn wir wissen, wie man in Frieden investiert. Myanmar hat sechs Jahrzehnte Krieg ohne Gewinner erlebt“, beklagen die Bischöfe. „Der Tod und die Vertreibung unschuldiger Menschen gehen weiter.... Tausende unschuldiger Menschen leiden. Generationen junger Menschen sind enttäuscht. Krieg ist zu einer unheilbaren Krankheit der Nation geworden. Dies muss ein Ende haben“, wiederholen sie und erinnern an den Zustand der Rohingya-Flüchtlinge, die 2017 während einer brutalen Repression aus Myanmar geflohen sind und nun neuen Gefahren ausgesetzt sind: der Monsun-Regen, der die Camps in denen rund 700.000 muslimische Rohingya-Muslime in Bambus- und Plastikhütten leben, bald heimsuchen wird.

"Zweiundsiebzig Jahre nach der Unabhängigkeit", so die Bischöfe, „kennt Myanmar noch keinen Frieden. Bewaffnete ethnische Gruppen müssen an den Verhandlungstisch zurückzukehren. Und wir fordern auch die Regierung und die Armee auf, dies zu tun und nicht länger zu versuchen, sich militärisch durchzusetzen, sondern eine politische Strategie zu finden, um auf die Forderungen einzugehen und den ethnischen Gemeinschaften eine neue Hoffnung zu geben."

Vor Ende 2020 sind in Myanmar allgemeine Wahlen geplant. Seit 1922 hat Myanmar bisher 16 Wahlen abgehalten. Die letzten Parlamentswahlen fanden 2015 statt. Vor dem Hintergrund der bevorstehenden Parlamentswahlen erklären die Bischöfe: „Die nächsten Wahlen sind eine großartige Gelegenheit, in die Demokratie zu investieren. Die neue Bedrohung durch Covid 19 erfordert Einheit und Frieden. Die bevorstehenden Wahlen bergen eine große Hoffnung: die Möglichkeit einer breiten und repräsentative politische Beteiligung aller Bürger. Dies ist der einzige Weg".

(SD-PA) (Fides 01/07/2020)

# Nepal: Gefangener des Monats Juli

Pastor Keshab Acharya wurde wegen Heilungsgebet gegen Corona inhaftiert



Pastor Keshab Acharya aus Nepal

© Screenshot: YouTube/idea

Frankfurt am Main/Wetzlar (idea) – Als „Gefangenen des Monats Juli“ haben die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) und die Evangelische Nachrichtenagentur idea den in Nepal inhaftierten Pastor Keshab Acharya (Pokhara/Provinz Gandaki) benannt. Sie rufen dazu auf, sich für ihn einzusetzen und für ihn zu beten. Weil er ein Heilungsgebet gegen das Coronavirus im Internet veröffentlichte, sitzt der 32-Jährige seit dem 23. März hinter Gittern. Das Gebet lautet: „Mit der Macht des Herrschers dieser Schöpfung rüge ich Dich. Mit der Macht im Namen unseres Herrn Jesus Christus, geh fort und stirb, Corona!“ Die Polizei warf ihm zunächst „Irreführung der Öffentlichkeit“ vor. Der Internetprediger habe in den Sozialen Medien Falschinformationen über das Virus verbreitet. Drei Männer und eine Frau von der Polizei klingelten abends an seiner Tür, gaben sich als Christen aus und baten um ein gemeinsames Gebet. Als der Pastor sie in die Wohnung hereingelassen hatte, nahmen sie den Vater von zwei kleinen Kindern vor den Augen seiner Familie fest. Vor seiner Inhaftierung hatte der Pastor Beschimpfungen und Morddrohungen durch Anrufer erhalten. Am 8. April sollte er zunächst auf Kautionsfreilassung werden. Als er das Gefängnis verlassen wollte, wurde er erneut festgesetzt. Nun lautet der Vorwurf, er habe religiöse Gefühle verletzt und missioniert. Am 13. Mai wurde Pastor Acharya in ein anderes Gefängnis im Distrikt Dolpa verlegt, der als abgelegenste Region des Landes gilt. Sie grenzt an das Autonome Gebiet Tibet der Volksrepublik China. Das Distriktgericht ordnete zwischenzeitlich ausdrücklich an, ihn nicht gegen Kautionsfreilassung zu lassen. Bis 2006 war der Hinduismus in Nepal Staatsreligion. In seiner aktuellen Verfassung jedoch erklärt sich das Land zwischen Indien und China zu einem säkularen Staat. Wie in Indien ist aber ein Religionswechsel gesetzlich verboten. Damit soll vor allem eine Abkehr vom Hinduismus verhindert werden. Von den rund 28 Millionen Einwohnern des Himalaya-Staates sind etwa 80 Prozent Hindus, zwölf Prozent Buddhisten und jeweils vier Prozent Christen und Muslime.

## Links zum Artikel

- [Musterbrief Juli 2020.pdf](#)
- [Musterbrief Juli 2020 englisch.pdf](#)

# Rumänien: Führt Gedenktag für verfolgte Christen ein

Als Zeichen der Solidarität werden staatliche Gebäude am 16. August rot beleuchtet

Bukarest/Wien (idea) – Rumänien wird künftig den 16. August als nationalen Tag des Gedenkens an die weltweite „Gewalt gegen Christen“ begehen. Das hat das rumänische Parlament beschlossen, wie die Stiftung Pro Oriente (Wien) am 27. Juni mitteilte. Demnach werden in Zukunft das Parlamentsgebäude, die Regierungsgebäude in Bukarest und in den Provinzen, der Triumphbogen in der Hauptstadt sowie der Mogosoaia-Palast (eines der bekanntesten Kulturdenkmäler Rumäniens) in Solidarität mit den verfolgten Christen rot beleuchtet. Dieses Zeichen hatte zunächst die internationale päpstliche Hilfsorganisation „Kirche in Not“ in Rom (Kolosseum) eingeführt. Außerdem sollen die staatlichen Medien künftig am 16. August in besonderer Weise über Christenverfolgung in Vergangenheit und Gegenwart berichten. Der Abgeordnete Daniel Gheorghe hat das neue Gesetz im rumänischen Parlament eingebracht. Ihm geht es nach eigenen Angaben darum, die Bürger – einschließlich der jungen Generation – über die Rolle des Christentums in der rumänischen Geschichte und über die heutige Christenverfolgung zu unterrichten. Er hoffe, dass das neue Gesetz die Christen ermutigen werde, ihr Recht zu verteidigen, „den Glauben ohne Furcht oder Behinderung zu bekennen“. Der 16. August ist in Rumänien zugleich der Gedenktag der Brancoveanu-Märtyrer, die 1992 von der rumänisch-orthodoxen Kirche heilig gesprochen wurden. Constantin Brancoveanu (1654–1714) war – unter osmanischer Oberhoheit – von 1688 bis 1714 Herrscher der Walachei. 1714 wurde er von den Osmanen auf Grund falscher Anklagen nach Konstantinopel gebracht und dort gemeinsam mit seinen vier Söhnen hingerichtet. Während der kommunistischen Führung in Rumänien von 1948 bis 1989 litten Christen und Anhänger aller Religionen in Rumänien unter Verfolgung und Unterdrückung. Von den heute 19,6 Millionen Einwohnern sind 82 Prozent rumänisch-orthodox, fünf Prozent römisch-katholisch und vier Prozent evangelisch. Die Stiftung Pro Oriente setzt sich dafür ein, die Spaltung zwischen römisch-katholischer Kirche und orthodoxen bzw. orientalischem-orthodoxen Kirchen zu überwinden.

# Russland: Wir danken Gott fürs Internet

"Es ist eine erstaunliche Zeit"

(Tschuwaschien, Wolga-/Uralregion – Licht im Osten) Aus dieser Region berichtet ein Mitarbeiter von Licht im Osten folgendes: „Es ist eine erstaunliche Zeit, denn wir haben fast alle unsere Dienste auf ein etwas anderes Format umstellen müssen. Wir hoffen, dass die Türen bald wieder aufgehen und wir uns wieder frei und ungehindert versammeln und den Herrn anbeten können.“

Danken wir Gott dafür, dass wir uns über die Medien (hauptsächlich übers Internet) stets gegenseitig unterstützen können. Auch wenn diese Gemeinschaft nur virtuell stattfindet, werden wir dadurch doch gestärkt und vereint.

Beten Sie bitte dafür, dass Gott uns in dieser schwierigen Zeit beisteht.

Dem Herrn sei Dank für die Bewahrung meiner Familie. Wir freuen uns, dass wir den Glaubensschwachen beistehen können. Denn es gibt Menschen, die über all dem, was passiert ist, in Angst und Verzweiflung geraten sind. ‚Wir Starken sollen die Schwachen tragen und uns nicht selbst gefallen‘, hat Apostel Paulus geschrieben.

Danken Sie mit uns unserem Gott für unsere taubstummen Glaubensgeschwister, die diese Zeit sehr gesegnet durchleben und für uns eine Ermutigung sind. ‚Ist denn dieses Virus das Schlimmste, was passieren kann?‘, fragen sie. – ‚Nein! Denn das Herz, das Gott nicht angenommen hat, ist unendlich viel schlimmer‘, sagen sie.

Unsere lieben Glaubensschwestern können ohne Gemeinschaft gar nicht leben. Deshalb nutzen sie jede Gelegenheit, um mit dem Auto zu Gläubigen und Nichtgläubenden zu fahren, um diesen lebendige Hoffnung zu bringen. Die Menschen sind so offen wie noch nie, denn mit solch einer Situation sind sie nie zuvor konfrontiert worden. Deshalb entwickeln sich häufig offene und vertrauliche Gespräche.“

Bitte beten Sie für alle Gespräche mit glaubensfernen Menschen, dass Gott Herzen erweckt zu einer lebendigen Vertrauensbeziehung zu ihm.

# Saudi-Arabien: Eine Ex-Muslima erzählt

## Wofür der Ruf „Allahu akbar“ steht

Berlin (idea) – Der Satz „Allahu akbar“ (Allah ist größer) ist nicht nur ein muslimischer Gebetsruf, sondern auch die Parole eines gewalttätigen Islamismus. Darauf macht die 2019 aus Saudi-Arabien geflohene Ex-Muslima Khulud Alharthi in ihrer „Welt am Sonntag“-Kolumne „Für die Freiheit“ aufmerksam.

Die 24-Jährige beschreibt darin ihre Erfahrungen in Saudi-Arabien. So habe sie Hetze im Fernsehen erlebt: „Religiöse Männer, die schrien und um das verlorene islamische Kalifat weinten oder für die Vernichtung des Staates Israel beteten. Der Satz ‚Allahu akbar‘ stand klar im Kontext des Dschihad. Man machte uns weis, wenn man einen Stein auf einen Panzer wirft und dabei ‚Allahu akbar‘ ruft, dann explodiert der Panzer.“

Der Ausruf habe somit im Zusammenhang von Drohungen, Gewalt gegen Menschen gestanden, die nicht ins Weltbild der Islamisten gepasst hätten, sowohl innerhalb der arabischen Welt als auch jenseits von ihr oder auch in Bereichen wie Literatur oder Wissenschaft.“

Zum Hintergrund: Bei Terroranschlägen rufen islamistische Attentäter häufig „Allahu akbar“. Auch bei den jüngsten Ausschreitungen in Stuttgart hatten jugendliche Randalierer diesen Ruf verwendet, wie Videoaufnahmen belegen.

## Warnung vor Muslimbruderschaft

Wie Alharthi weiter schreibt, macht der politische Islam seit 1928 „den Nahen Osten krank“. Damals habe Hassan al-Banna (1906–1949) in Ägypten die Muslimbruderschaft gegründet. Seither sorge diese Organisation für Unruhe, stachele die Menschen auf und stifte zum Terror an. Zurzeit werde sie vor allem von Katar und der Türkei unterstützt. Die Muslimbruderschaft versuche, überall auf der Welt Wurzeln zu schlagen – auch in Europa, wo sie allerdings nicht zu Hass und Gewalt aufrufe, sondern sich hinter Parolen wie Gerechtigkeit und Freiheit verstecke.

Alharthi: „Im Gegensatz zu anderen extremistischen Gruppen, die öffentlich zu ihrem Hass stehen, sind die Anhänger der Muslimbruderschaft cleverer.“ Sie spielten ein strategisches Spiel. Doch ihr Ziel sei weiterhin die Verbreitung von Tod und Hass. „Wir müssen unser Bestes geben, um die versteckte Dschihadisten-Ideologie zu bekämpfen“, so die Kolumnistin.

# Südkorea: Vor 70 Jahren begann der Koreakrieg

## 70tägige ökumenische Gebetsinitiative erinnert an das Datum

Seoul (Fides) - "Wir feiern im Gedenken an den Beginn diesen tragischen Bruderkrieg, der heute, am 25. Juni vor 70 Jahren ausbrach....Es ist eine wertvolle Gelegenheit, Gott zu danken und ihn zu preisen dafür, dass er unserem Volk und unsere Kirche fortwährend beistand und uns über einen so langen Zeitraum, während der Zeit des Krieges und nach dem Waffenstillstand von 1953 bis heute mit seiner unaufhörlichen Liebe auf dem Weg der Wahrheit und des Lebens leitete; und es ist auch eine wichtige Gelegenheit, um als Bürger Koreas und als Christen die Entschlossenheit zu erneuern, unser Engagements für die Versöhnung und Einheit des Volkes und für den Frieden, dh für die Evangelisierung der koreanischen Halbinsel, zu erneuern", so der Erzbischof von Seoul, Kardinal Card. Andrea Soo-jung Yeom. Der Kardinal ist auch Apostolischer Administrator von Pjöngjang und sprach am 25. Juni zu den Gläubigen in der Kathedrale von Seoul versammelten Gläubigen bei einem Gottesdienst anlässlich des 70. Jahrestages des Beginns des Koreakrieges, des Konflikts, der die Halbinsel von 1950 bis 1953 erschütterte. Unter Beachtung der strengen Maßnahmen zur Eindämmung der Covid-19-Pandemie erinnerten katholische Gemeinden im ganzen Land mit zahlreichen Initiativen im ganzen Land an das Ereignis.

Der Kardinal erinnerte an das immense Leid, das dieser Konflikt verursachte, mit dem kurz nach dem Zweiten Weltkrieg die Teilung der Halbinsel begann - der Norden stand fortan unter sowjetischem und der Süden unter amerikanischem Einfluss - und Millionen Menschen zu Kriegsopfern machte: "Während dieses Krieges starben ungefähr 700.000 Soldaten der südkoreanischen und nordkoreanischen Streitkräfte, ungefähr 40.000 Soldaten der Streitkräfte der Vereinten Nationen und ungefähr 150.000 Soldaten der Streitkräfte Chinas. Unter den Zivilisten Südkoreas starben rund 400.000 Menschen, über 300.000 Menschen wurden vermisst und ungefähr 90.000 Menschen wurden nach Nordkorea deportiert. Über 280.000 Menschen starben unter nordkoreanischen Zivilisten und ungefähr 800.000 Menschen wurden dort vermisst". Darüber hinaus mussten mehr als 6,5 Millionen Flüchtlinge ihre Heimat verlassen und etwa 1,5 Millionen Nordkoreaner suchten in Südkorea Zuflucht. Unter ihnen "gab es viele Christen, die der Verfolgung gegen Kirchen durch das kommunistischen Regime entkommen waren "

"Vor diesem Krieg - fuhr er fort - praktizierten ungefähr 60.000 Gläubige in den 57 Pfarreien der drei Diözesen des Nordens ihren Glauben. Aber unter den Verfolgungen des unmittelbar nach der Befreiung von 1945 errichteten kommunistischen Regimes wurden einer meiner Vorgänger Erzbischof Francesco Yong-ho Hong, Bischof von Pjöngjang, Pater Bonifatius Sauer, OSB, Abt der Territorialabtei von Tokwon und Bischof der Diözese Hamburg, und nicht wenige Priester, Ordensleute und Laien verhaftet und gefoltert und alle kirchlichen Gebäude wurden vom kommunistischen Regime beschlagnahmt. So wurde unsere Kirche im Norden unsichtbar", beklagt der Kardinal.

Der Erzbischof von Seoul, der sich in seiner Predigt an alle Männer guten Willens wandte, betonte, dass "der Rückblick auf unsere Geschichte vor 70 Jahren dazu dient, sich mit aller Kraft und von Herzen gemeinsam dafür einzusetzen, um eine Gesellschaft auf unserer koreanischen Halbinsel aufzubauen, in der alle Menschen, sowohl des Südens als auch des Nordens, durch die "Läuterung der Erinnerung" von den Fesseln der Vergangenheit befreit werden, ein wahrhaft menschliches Leben in einem wahren Frieden führen können, den der Herr uns schenkt".

Um den ersehnten Frieden aufzubauen und zu erlangen, sei der wichtigste Weg die Vergebung: "Kein Friedensprozess kann jemals begonnen werden, wenn nicht eine Haltung der aufrichtigen Vergebung bei den Menschen entsteht. Ohne sie bluten die Wunden weiter und speisen die Generationen und es gibt einen endlosen Hass... Vergebung und empfangene Vergebung ist deshalb die unabdingbare Voraussetzung, um zu einem authentischen und stabilen Frieden zu gelangen", bemerkt der Kardinal und greift damit die Worte von Johannes Paul II. in seiner Botschaft zum Weltfriedenstag 1997 auf. In diesem Zusammenhang appelliert der Kardinal auch an die Machthaber: "Ich hoffe aufrichtig, dass die Verantwortlichen der koreanischen Halbinsel und der internationalen Gemeinschaft, die das Schicksal unseres Volkes tragen, persönliche, parteipolitische und nationale Interessen überwinden, um das wahre Wohl jedes Menschen und aller Menschen im Süden und Norden der koreanischen Halbinsel im Hinblick auf das Gemeinwohl zu fördern".

"Die mächtigste Waffe, die die Kirche im Kampf um den Frieden besitzt", so der Kardinal, "ist nichts anderes als das Gebet: Dieses steht im Mittelpunkt aller Bemühungen, Frieden zu schaffen.... Seit uns die Muttergottes 1917 in Fatima erschien, beten wir inbrünstig den Rosenkranz für den Weltfrieden und insbesondere die koreanische Halbinsel. Die Macht des Rosenkranzes ist wirklich groß. Die Mutter Gottes macht unser Gebet zu ihrem eigenen und richtet es an ihren Sohn. Das Rosenkranzgebet kann den Lauf der Geschichte verändern." In diesem Sinne vertraute der Kardinal im Rahmen eines besonderen Aktes die Gläubige in Nordkorea, die sogenannte "Kirche des Schweigens", und die gesamte Bevölkerung jenseits des 38. Breitengrades der Jungfrau von Fatima an, und stellte sie unter ihren besonderen Schutz.

Im Gedenken an den Beginn des Koreakriegs vor 70 Jahren schließen sich koreanische Christen aller Konfessionen einer speziellen 70tägigen Gebetskampagne, die am 1. März begann und am 15. August endeten wird. Die Initiative wird von den Kirchen in Korea und auf der ganzen Welt unterstützt. Am 15. August soll an den Tag erinnert werden, an dem 1945 die koreanische Halbinsel von der japanischen Besatzung befreit wurde, aber auch an dem Tag, an dem die Teilung eines Volkes begann, das bis dahin durch Kultur, Geschichte, Traditionen und Sprache vereint war.  
(PA) (Fides 2/7/2020)

# Südsudan: Schießerei nach Fußballspiel

(AVC) Während eines Fußballspiels fällt ein Tor - sehr zur Freude der einen und zum Ärger der anderen. Ein Zuschauer zieht seine Waffe und schießt den Torschützen nieder! Daraufhin entwickeln sich Kämpfe und Schießereien, die die ganze Nacht andauern. Die Kämpfe sind mittlerweile wieder abgeklungen, jedoch sucht ein Verwandter des Torschützen nach Rache, was weitere Unruhen bewirken könnte. Unsere Mitarbeiter sind oftmals in sehr instabilen und gefährlichen Gegenden unterwegs. Bitte betet für sie und die Lage in Kapoeta.

## **Wir beten um ...**

- > Schutz für die Mitarbeiter vor Ort,
- > Frieden für die Region,
- > eine Ausbreitung des Evangeliums vor Ort.



# Syrien: Kurdisches Dorf in Nordsyrien bombardiert

## Feministische Aktivistin bei Drohnenangriff getötet

(GfbV) Lokalen kurdischen Quellen zufolge wurden am gestrigen Dienstag in Kobani (Kobane), Nordsyrien, vier Frauen bei einem türkischen Drohnenangriff getötet. Eine von ihnen war die feministische Aktivistin Zahra Barkel. Die drei weiteren getöteten Frauen gehörten zu einer Familie. Bei dem Angriff in dem kurdischen Dorf Hilindsch, östlich der Stadt Kobani, soll es auch weitere Verletzte gegeben haben. Die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) verurteilt den Drohnenanschlag.

„Die Menschen vor Ort sind sich sicher, dass der Anschlag der kurdischen Aktivistin galt, die sich seit Jahren für die Rechte der Frauen in Syrien einsetzt“, berichtet Dr. Kamal Sido, Nahostexperte der GfbV. Die Stadt Kobani sei für die kurdische Bevölkerung und viele andere Menschen weltweit ein Symbol gegen die Tyrannei des sogenannten „Islamischen Staates“ (IS) geworden. Nun greife die Türkei sie gezielt an, um die islamistische Agenda des Präsidenten zu befördern.

Nach monatelanger IS-Belagerung zwischen September 2014 und Januar 2015 erlitten die Islamisten in Kobani ihre erste Niederlage. „Als ich am 21. März 2016 mit den Menschen Feministische Aktivistin bei Drohnenangriff getötet: Kurdisches Dorf in Nordsyrien bombardiert dort das kurdische Newroz-Fest feierte, sah ich bei ihnen viel Hoffnung für den Wiederaufbau ihrer Stadt und Region“, erinnert sich Sido. „Diese Anstrengungen hat die Türkei von Anfang an gezielt behindert.“

Die NATO-Spitze und insbesondere die deutsche Bundesregierung müssten sich nun vorwerfen lassen, durch Waffenlieferungen, politische, diplomatische und finanzielle Unterstützung der Türkei für die menschenverachtende Politik Erdogans mitverantwortlich zu sein. „Das Agieren der Türkei in Konflikten wie in Syrien oder Libyen wäre ohne Rückendeckung der NATO und insbesondere der deutschen Bundesregierung kaum möglich“, erklärt der Nahostexperte. „Die Türkei ist das zweite Jahr in Folge die Nummer eins unter den Empfängern deutscher Kriegswaffen.“ Erdogans Regierung hätte allein im vergangenen Jahr Kriegswaffen im Wert von 344,6 Millionen Euro allein aus Deutschland erhalten. Das wären mehr als ein Drittel der gesamten deutschen Kriegswaffenexporte. „Nachdem Syriens kurdische Bevölkerung und ihre Verbündeten mindestens 11.000 Menschenleben im Kampf gegen des IS verloren haben, sieht jetzt alles danach aus, dass man sie Erdogans Tyrannei überlässt“, so Sido. „Mindesten 25.000 Menschen aus Nordsyrien wurden im Kampf gegen den IS verletzt.“

# Türkei: Einreiseverbot für Pfarrer aufheben!

**Kirchenführer in der Türkei fordern die Regierung auf, das „Einreiseverbot“ für Pfarrer aus Übersee aufzuheben**

Die Istanbuler Stiftung der Evangelischen Kirche (IPKV) richtete am 16. Juni einen öffentlichen Appell an die türkische Regierung mit der Bitte, die strengen neuen Aufenthaltsbeschränkungen für ausländische Pfarrer aufzuheben.

Der IPKV sagte in einer Presseerklärung, dass es seit 2019 für ausländische Geistliche, die in der Türkei dienen, „immer schwieriger“ geworden sei, eine Aufenthaltsgenehmigung zu erhalten, eine Situation, die er mit „großer Traurigkeit“ erfüllt.

Viele Kirchen in der Türkei, darunter auch der IPKV, haben wegen des Mangels an qualifizierten Geistlichen lange Zeit kirchliche Führungspositionen mit Geistlichen aus Übersee besetzt. Die Regierung hat die Ausbildung religiöser Führungspersonlichkeiten stark eingeschränkt, weshalb es kaum möglich ist, im Land selbst geeignete Qualifikationen zu erwerben. Nach Aussagen der IPKV verhängen die Behörden nun ein effektives „Einreiseverbot“ für ausländische kirchliche Mitarbeiter, indem sie von ihnen verlangen, vor der Einreise in die Türkei eine Genehmigung einzuholen.

Einigen ausländischen Christen, die bereits in der Türkei leben, wurde die Aufenthaltsgenehmigung nicht erneuert, und einigen wurde sie entzogen. Der IPKV sagte, dass der Antrag auf Aufenthaltsgenehmigung der nicht-türkischen Ehefrau eines der türkischen Pfarrer abgelehnt wurde, was sie von ihrem Ehemann und ihren drei Kindern zu trennen droht.

Sogar dem in Spanien geborenen Leiter des IPKV, der seit 2001 mit offizieller Regierungsgenehmigung in der Stiftung tätig ist, wurde mitgeteilt, er müsse die früher gewährte Einreisegenehmigung erneut beantragen.

Der IPKV, der 1999 als erste protestantische Stiftung in der Geschichte der türkischen Republik gegründet wurde, unternimmt rechtliche Schritte, um das Urteil zu widerrufen, von dem er hofft, dass es „nur ein Fehler“ sei.

Die IPKV-Erklärung schloss mit den Worten: „Wir bringen mit Demut unseren Wunsch zum Ausdruck, dass die Gedanken-, Religions- und Gewissensfreiheit gewahrt wird, die in der Verfassung der Republik Türkei und in internationalen Abkommen verankert ist. In dieser Hoffnung legen wir diese Informationen über die schwierige Situation, in der wir uns als Protestanten befinden, respektvoll der öffentlichen Meinung und dem fairen Urteil des Staates vor“.

Die Unterdrückung religiöser Minderheiten nimmt in der mehrheitlich muslimischen Türkei zu, insbesondere unter dem islamistischen Präsidenten Recep Tayyip Erdogan. Obwohl die türkische Regierung in der modernen Türkei bisher säkular war, hat Erdogan seinen Wunsch nach der Wiedererrichtung des Osmanischen Reiches deutlich gemacht. Nach drei Anschlägen auf Kirchen in der Türkei im Mai versprach der Präsident, „alles Mögliche“ zu tun, um die Achtung religiöser Minderheiten zu gewährleisten und „Frieden und Harmonie zwischen Türken und Angehörigen von Minderheitsreligionen“ zu schützen.

Christen machen etwa 0,2% der Bevölkerung in der Türkei aus, die zu 99% muslimisch ist. Die Mehrheit sind orthodoxe Christen aus historisch nichttürkischen ethnischen Gruppen, darunter aber auch einige türkische Konvertiten aus dem Islam. Protestantische Christen sind hauptsächlich Konvertiten aus dem Islam. Es gibt auch eine kleine katholische Gemeinde. Unter den 3–4 Millionen Irakern, Iranern und Syrern, die seit den 1980er Jahren vor verschiedenen Konflikten in die Türkei geflohen sind, gibt es auch christliche Flüchtlinge.

Quelle: Barnabasfund Übersetzung für AKREF

# Türkei: Keine ökumenischen Feierlichkeiten in der Petrusgrotte

**Wegen der Corona-Pandemie kann das Fest zum heiligen Petrus und Paulus dieses Jahr nicht stattfinden**

Antakya (Fides) - In diesem Jahr werden Katholiken, orthodoxe, armenische apostolische und evangelische Christen in der Stadt Antakya - dem alten Antiochia am Oront, das sich heute auf türkischem Territorium befindet - nicht zusammenkommen können um am Fest der heiligen Apostel Petrus und Paulus am 28. und 29. Juni gemeinsam zu feiern. In den vergangenen Jahren fand eine gemeinsame liturgische Feier in der sogenannte "Petrusgrotte" (siehe Bild), einer alte Felsenkirche auf dem Silpius-Gebirge statt, die 2015 nach mehrjähriger Restaurierung wiedereröffnet wurde.

"Aber in diesem Jahr 2020", so der italienische Kapuzinerpater Domenico Bertogli, der für die örtliche katholischen Gemeinde zuständig ist, gegenüber Fides, "erleben wir diese Zeit der Pandemie auch in Antiochia als bösen Traum. Am 27. und 28. Juni wurde für alle in der Türkei eine "Ausgangssperre" verhängt, mit Ausnahme der Schüler - fast 2 Millionen -, die an der Prüfung für die Zulassung zu Universitäten teilnahmen. Und wir können das Fest des heiligen Petrus nicht in der berühmten Grotte feiern, die nach ihm benannt ist. Am Nachmittag findet deshalb nur eine Messe im Hof der katholischen Kirche statt, und am Morgen steht in der orthodoxen Kirche eine Eucharistiefeier auf dem Programm. Ich werde mit einigen Gläubigen versuchen, zumindest für einen Moment des Gebets zur Grotte zu gehen."

In wenigen Worten umreißen Pater Bertoglis den schwierigen Moment, in dem sich die gesamte Bevölkerung der türkischen Hatay-Region, einschließlich Antakia, derzeit befindet: „Zusätzlich zur Pandemie“, so Pater Domenico, "sehen wir die Entwicklung im nahe gelegenen Syrien. Eine lokale Zeitung weist heute darauf hin, dass allein in Hatay mit 1,5 Millionen Einwohnern eine halbe Million syrische Flüchtlinge leben. Diese Zahlen reichen aus, um die Probleme und die Not zu verstehen, mit denen wir uns konfrontiert sehen. Viele versuchen, ihre Aktivitäten trotz der Ausgangssperre aufgrund der Pandemie und trotz der Zunahme der Infektionen in den letzten Tagen, wieder aufzunehmen. Es gibt viele Menschen, die nur von ihrer täglichen Arbeit leben. Der Tourismus ist praktisch gleich Null, daher ist es leicht vorstellbar, in welcher schwierigen Situation sich viele Familien befinden. Wir wollen deshalb auf Fürsprache der Heiligen Petrus und Paulus zum Herrn beten, dass er uns allen gnädig sei."

Die alte Felsenkirche des heiligen Apostelespetrus sieht noch so aus, wie sie von den Kreuzfahrern errichtet wurden, die 1098 das alte Antiochia am Orontes eroberte. Die Byzantiner hatten den Ort, an dem sich die ersten Getauften während der Zeit der Verfolgung trafen, in eine Kapelle verwandelt in dieser Stadt, in der die Jünger Jesu zum ersten Mal "Christen" genannt wurden und in der der heilige Petrus Bischof war, bevor er nach Rom kam.

Die im Jahr 2015 abgeschlossene Restaurierung beendete den Zerfall, in dem sich die Petrusgrotte befand, der sich durch frühere Eingriffe zugespitzt hatte. In den vergangenen Jahren waren Patriarchen und Bischöfe häufig bei den Feierlichkeiten anwesend, die dort am Fest der Heiligen Peter und Paul stattfanden. Letztes Jahr (vgl. Fides 22/6/2019) nahmen auch Erzbischof Paul Fitzpatrick Russell, Apostolischer Nuntius in der Türkei, und Bischof Paul Bizzeti, Apostolischer Vikar von Anatolien, an den ökumenischen Feierlichkeiten zu Ehren der Heiligen Petrus und Paulus teil. (GV) (Fides 27/6/2020)

# Türkei: Wo blieb das christliche Ehepaar?

(CSI) Im Januar 2020 verschwand das christliche Ehepaar Diril aus seinem Dorf in der Südosttürkei. Mehr als zwei Monate später wurde die Frau tot aufgefunden. Vom Ehemann fehlt weiterhin jede Spur (Stand 28.04.2020). Die wenigen Christen in der Südosttürkei werden sowohl von den türkischen Behörden als auch von der kurdischen Miliz PKK bedrängt.

CSI-Deutschland | [www.csi-de.de](http://www.csi-de.de)

# Türkei: Zur Umwandlung der Hagia Sophia in Moschee

**Ökumenischer Patriarch: „Sie wird zu einem Bruch zwischen Christentum und Islam führen“**

Istanbul (Fides) - Die eventuelle Umwandlung der Hagia Sophia in Istanbul in eine Moschee "wird Millionen von Christen auf der ganzen Welt gegen den Islam aufbringen", mahnt der ökumenische Patriarch von Konstantinopel von Bartholomaios I. mit Blick auf die mögliche Entscheidung des türkischen Staatsrates, der in einer für Donnerstag, den 2. Juli geplanten Sitzung eine erneute Öffnung des Monuments für den islamischen Kult beschließen könnte. Damit würde die Entscheidung, mit der die damalige türkische Regierung 1934 die antike byzantinische Basilika, die seit der osmanischen Eroberung von Konstantinopel (1453) als eine Moschee benutzt worden war, in ein Museum umgewandelt hatte, rückgängig machen. Bartolomaios, der als Primus inter pares großen Einfluss auf die orthodoxen Gemeinden hat, äußerte sich während der göttlichen Liturgie, die am Dienstag, dem 30. Juni, in der orthodoxen Kirche der Heiligen Apostel im Istanbuler Stadtteil Feriköy stattfand. Die Hagia Sophie sei aufgrund ihrer Heiligkeit - so der Patriarch - ein Zentrum des Lebens, "in dem sich Ost und West umarmen", und eine eventuelle Umwandlung in einen Ort der islamischen Anbetung "wird einen Bruch zwischen diesen beiden Welten verursachen".

Im 21. Jahrhundert - fuhr der Patriarch fort - ist es "absurd und schädlich, dass die Hagia Sophia von einem Ort, an dem die beiden Völker sich begegnen und ihre Größe bewundern können, wieder zu einem Ort der Konfrontation wird". Die Hagia Sophia, gehöre nicht nur den derzeitigen Eignern „sondern der gesamten Menschheit“, und das türkische Volk trage eine große Verantwortung, die „Universalität dieses wunderbaren Denkmals zum Leuchten zu bringen“. Sie sei als Museum "der symbolische Ort der Begegnung, des Dialogs, der Solidarität und des gegenseitigen Verständnisses zwischen Christentum und Islam".

(GV) (Fides 01/07/2020)

# Ukraine: Beten für Zeltmissioneinsätze

Leiter von LICHT IM OSTEN berichtet

(Kiew) Von dem Zeltmissions-Einsatz im Donbass berichtet er: „Die Menschen sind für das Evangelium so offen wie ein trockener Schwamm. So etwas habe ich selten erlebt. Die hartgesottenen Untertagearbeiter stehen an den Bildern, mit deren Hilfe wir das Evangelium erklären, und weinen wie kleine Kinder. Es hat bis jetzt keinen einzigen Fall aggressiver Ablehnung gegeben. Wir sind dem Herrn so dankbar, dass wir uns trotz vieler Unsicherheiten entschieden haben, vor Beendigung der Quarantäne die Missions-Einsätze zu beginnen.“ Ein anderes Team im Donbass hat aggressive Ablehnung aus der Bevölkerung erlebt, es kam zu wüsten Beschimpfungen, sodass sogar die Polizei einschreiten musste. Daraufhin hat das Team den Ort verlassen und ist in eine andere Stadt gefahren.

Bitte beten Sie weiterhin um Gottes Segen, Schutz und Wirken für alle drei Zeltmissionsteams.

# „Mangelnde Bibelkenntnis bedroht Christenheit“

Prof. Dr. Dr. Thomas Schirmacher (WEA) über die aktuelle Lage der Christenheit, Konvertiten und die Rolle der Evangelikalen



Nik Nedelchev und Thomas Schirmacher im Gespräch mit Bartholomäus I., Patriarch von Konstantiopel

© privat

pro: Wenn es in der deutschen Öffentlichkeit um Evangelikale geht, dann meist um die im eigenen Land oder um Evangelikale in den USA und Brasilien, die vor allem mit einer politisch konservativen, rechtspopulistischen Richtung in Verbindung gebracht werden. Inwiefern sind diese politischen Verquickungen repräsentativ für die weltweite evangelikale Bewegung?

**Thomas Schirmacher:** Als Weltweite Evangelische Allianz stehen wir nicht für „die Evangelikalen“, wo jeder definieren kann, wer da eigentlich dazugehört, sondern für die organisierten Evangelikalen. Der evangelikale Flügel in den USA, der Donald Trump sehr nahesteht, oder in Brasilien dem Präsidenten Jair Bolsonaro, repräsentiert schon dort nicht alle Evangelikalen. Das Problem wächst auch in anderen Ländern. In Australien regiert ebenfalls ein evangelikaler Ministerpräsident, der herzlich wenig für Flüchtlinge übrig hat. Aber was die Sache natürlich verzerrt, ist, dass wir auf der anderen Seite sehr positive Entwicklungen haben, für die aber der Begriff „evangelikal“ nicht benutzt wird. Zum Beispiel ist der [Premierminister von Äthiopien Abiy Ahmed, der Friedensnobelpreisträger von 2019](#), ein bekennender Evangelikaler, und das ist kaum irgendwo erwähnt worden. Die Nationale Evangelische Allianz USA hat sich kürzlich zusammen mit der Weltweiten Allianz sehr dezidiert nicht nur gegen Rassismus, sondern gegen die ganze rechtspopulistische Entwicklung ausgesprochen. Das kommt hier nicht an. Eine evangelikale Position ist eine theologische Position. Da haben wir erstaunlich viele Gemeinsamkeiten. In politischen Fragen sind sich Evangelikale noch nie einig gewesen.

Sie haben in der Vergangenheit betont, man muss den Pluralismus in der Bewegung anerkennen und aushalten. Was ist der Kern, der nicht verhandelbar ist für Evangelikale?

Als die Weltweite Evangelische Allianz 1846 gegründet wurde, war das ein gewaltiger Pluralismus der Kirchen. Man hat gesagt: Um der Mission willen ist es ein Hindernis für das Evangelium, dass die Menschen nur all diese verschiedenen Theologien und Kirchen sehen; wir müssen im Kern der Sache zusammenarbeiten. Dieser Kern ist: das Evangelium, das Heil in Jesus Christus; die Bibel als die „Verfassung“ der Kirche als einziger Text, der alle Kirchen verbindet und auf den sich alle berufen; und die Religionsfreiheit für alle – die Gründer der Bewegung sahen es schon damals als christliche DNA an, dass die Verkündigung des Evangeliums völlig friedlich und ohne jeden Zwang geschehen muss. 1846, auf dem Höhepunkt des Kolonialzeitalters, war das eine frontale Kritik daran, wie das Christentum weltweit auftrat.

Sie haben sehr viele Beziehungen auch außerhalb der Evangelischen Allianz in katholische, orthodoxe und andere Kirchen. Was sagen Sie Kritikern, die Ihnen vorwerfen, Sie machen gemeinsame Sache mit Christen, die diesen „Kern“ des christlichen Glaubens so nicht teilen?

Von der Geschichte der Evangelischen Allianz her war die Einheit aller Christen das Ziel – das ist es bis heute. Es kann uns nur wehtun, wenn wir das noch nicht erreicht haben. Nur: Das muss natürlich eine Einheit im Glauben, eine theologische Einheit sein. Wir müssen mit den anderen Kirchen um die DNA des Christentums ringen – indem wir deutlich Farbe bekennen, aber indem wir auch sichtbar die Hand ausstrecken und zeigen, dass wir der Meinung sind, mit der Bibel in der Hand können wir zueinander finden. Ein Beispiel dafür ist für mich das Dokument [„Das christliche Zeugnis in einer multireligiösen Welt“](#), erarbeitet 2006 bis 2011. Ich bin überzeugt, es gibt eine DNA des Christentums. Und die, das sage ich ganz offen, teile ich zum Beispiel mit Papst Franziskus. Ich teile überhaupt nicht seine Marienverehrung – die erscheint mir heute als ein größeres Problem, als sie es zu Luthers Zeiten war. Aber wenn ich nehme, was er sagt und was er schreibt, was das Evangelium ist, dann sind wir weltweit bei einem breiten Konsens angekommen.

In der katholischen Kirche gibt es auch die Lehre, dass sie die allein seligmachende sei. Evangelikale sagen, das Heil liegt in Jesus.

Die Frage ist: Messen wir die katholische Kirche an Dokumenten, die sie früher verabschiedet hat und die formal noch rechtsgültig sind? Oder messen wir sie an der heutigen Realität? Papst Franziskus hat einmal ganz banal zu mir gesagt: „Ein getaufter Katholik, der nicht an Jesus als Erlöser glaubt, ist nicht errettet, und ein nicht katholisch getaufter Christ, der an Jesus als Erlöser glaubt, ist gerettet.“ Über die Rolle des Papstes, das Verständnis der Bibel, die Marienverehrung müssen wir diskutieren. Das haben wir ja in unserem Dokument *„Schrift und Tradition“* und *„Die Rolle der Kirche für das Heil“* von 2018 mit dem Vatikan sehr deutlich erneut formuliert. Aber ich möchte alle Protestanten daran erinnern: Selbst Luther, der in seinen Äußerungen über die katholische Kirche nichts zu wünschen übrig ließ, war zutiefst davon überzeugt, dass sie mit der Bibel reformiert werden kann. Und das tun wir nur, wenn wir im Gespräch sind, und nicht, wenn wir Krieg gegeneinander führen.

Mit Blick auf Deutschland nimmt die Bedeutung der Religion insgesamt ab, wenn man sich die Mitgliedszahlen bei den Kirchen anschaut. Wie verhält es sich nach Ihrer Beobachtung weltweit?

Die Bemerkung zu Deutschland würde ich nicht ganz so teilen. Bei uns nimmt die Religion im Alltagsleben der Einzelnen ab. Aber ich würde sagen, dass sie unter Entscheidern in Wirtschaft und Politik zunimmt. Helmut Kohl zum Beispiel war in seiner Alltagspraxis sicher viel christlicher als Angela Merkel, aber extrem zurückhaltend, das Christentum öffentlich mit ins Spiel zu bringen. Frau Merkel sagt fast im Vorbeigehen: „Wir heißen CDU, weil wir auf dem christlichen Menschenbild stehen.“ Oder, ob man das nun teilt oder nicht, als sie die Flüchtlinge aus Ungarn hat kommen lassen, sagte sie: „Als überzeugter Christ konnte ich gar nicht anders.“ Das hätte Kohl nie gemacht. Weltweit haben wir natürlich den Trend, dass der Anteil der Nichtreligiösen kleiner wird. Der Anteil der Atheisten ist aber fast schon verschwindend gering. Und es gibt noch einen zweiten Trend: Die Weltreligionen haben einen enormen Zulauf. In Afrika zum Beispiel ist heute fast jeder, zumindest offiziell, Muslim oder Christ. Nach dem Zweiten Weltkrieg waren noch rund 40 Prozent der Einwohner keines von beiden, sondern gehörten etwa einer ethnischen Religion an.

In Deutschland fürchten sich auch fromme Christen vor einer wachsenden Dominanz des Islam in Deutschland und Europa. Teilen Sie die Sorgen?

Es hat wenig Sinn zu spekulieren, was in einigen Jahrzehnten sein wird. Wenn man rein statistisch hochrechnet, wie viele Muslime im Land leben, und das mit Christen vergleicht, ist ein großer Fehler dabei: Bei den Christen zählen wir entweder aktive oder zumindest solche, die per Mitgliedschaft und per Spende oder Kirchensteuer als dieser Religion zugehörig gelten – mit dem Ergebnis, dass die Zahl nach unten geht. Auf muslimischer Seite zählen wir nur Menschen, die in einem muslimischen Land oder einer muslimischen Familie geboren worden sind. Ob sie den Islam praktizieren, ob sie den für richtig halten, weiß keiner. Wir packen auch alle Bewegungen zusammen, die Ahmadiyya, die aus Pakistan gekommen sind, weil sie hier mehr Religionsfreiheit haben wollen, ebenso wie die Extremisten.



Die Realität ist, dass der größte Teil der Muslime in Deutschland lange Zeit eher säkular war. Mit der Rückkehr religiöser Bewegungen in den Heimatländern wie der Türkei hat auch der Anteil der religiös praktizierenden Muslime bei uns zugenommen. Der ist aber in der Türkei schon wieder stark rückläufig und das wird in nicht allzu langer Zeit auch hier wieder umschlagen. Dann muss man die Bewegung zwischen den Religionen sehen. Wir haben in Deutschland jetzt schon so viele Übertritte vom Islam zum Christentum wie noch nie zuvor. Im Iran gibt es über eine Million Christen im Untergrund. Viele der Iraner, die hierherkommen, haben daher ein großes Interesse am Christentum. Ich würde sagen, dass unser Christentum in Deutschland zum Teil so schwach auf der Brust ist, dass es sowieso von jemandem abgelöst werden kann, sei es einer anderen Spielart des Christentums – lange haben wir Evangelikalen gedacht, das wäre die Alternative –, sei es der Islam. Aber wir haben immer noch einen so geringen Anteil an Muslimen in unserem Land verglichen mit anderen, dass ich, selbst wenn es alle konservativ praktizierende Muslime wären, nicht sehen kann, wie sie das Land übernehmen wollten.

Der Anteil der religiös geprägten Menschen ist unter Flüchtlingen generell deutlich höher als der Anteil der religiösen Menschen in Deutschland. Wo liegen da Herausforderungen für deren Integration?

Ich sehe das Problem, dass unsere politische Alltagswirklichkeit eher unreligiös geprägt ist. Juristen, Entscheider in den Behörden, aber auch Journalisten sind oft ganz offiziell oder praktisch säkular. Es ist unmittelbar zu sehen, dass die Menschen, die persönlich mit Religion nichts anfangen können, auch ganz große Mühe mit diesem Thema haben und unter Integration eigentlich verstehen, dass die Menschen, die hierher kommen, Religion auf den Privatbereich beschränken. Das wird nicht funktionieren. Und es entspricht auch nicht unserem Grundgesetz. Aber es ist die Realität, dass Richter in Asylfällen über Konversionen zu entscheiden haben, die die Unterschiede nicht nur zwischen katholisch und evangelisch nicht kennen, sondern manchmal selbst diejenigen zwischen den Religionen. Das ist meine Erfahrung auch außerhalb Deutschlands auf EU-Ebene.

Ein Top-Politiker hat mich schon privat beiseite genommen und gesagt: „Wenn unter Lebensgefahr einer den Islam verlässt oder womöglich im Iran Christ wird – können Sie mir irgendwie helfen zu verstehen, was in ihm vorgeht? Ich kann grad noch nachvollziehen, dass jemand eine Religion hatte, in die er hineingeboren ist. Aber warum muss er sie unter Lebensgefahr wechseln, oder wenn er das schon will, warum muss er das laut sagen, wenn er weiß, das kann ihn sein Leben kosten?“ Ein religiöser Mensch, gleich welcher Religion, kann das nachvollziehen. Er versteht, dass Religion kein Hobby ist wie Strohlumen basteln, was ich auch mal eine Zeit lang aussetzen kann. Sondern für religiöse Menschen hat das etwas mit ihrer Identität zu tun.

Das [Bundesverfassungsgericht](#) hat kürzlich erst bestätigt, dass die Richter überprüfen dürfen, wie intensiv ein Konvertit glaubt ...

Aber dazu müssen sie doch eine gewisse Vorgabe haben. Welche Kategorien sind denn entscheidend dafür, dass die Richter einem Konvertiten seinen Religionswechsel abnehmen? Der eine sagt, der Asylbewerber kennt die ganze Dogmatik seiner Religion rauf und runter, das hat er bestimmt auswendig gelernt. Der andere sagt, der Konvertit kann die Inhalte seiner neuen Religion nicht beschreiben, er ist nicht wirklich Christ geworden. Ob man für das Asylrecht wegen Religionswechsel die neue Religion lehrmäßig besonders gut kennen sollte oder besser nicht; oder darüber reden sollte, wie es einem im neuen Glauben ums Herz warm wird, ist völlig offen.

Unter anderem in Bezug auf Flüchtlinge wird aus evangelikalen Kreisen gegenüber der Kirche oft die Kritik laut, dass sie sich zu politisch statt geistlich äußere. Ganz aktuell ist das Thema Seenotrettung. Wie sehen Sie das aus theologischer und soziologischer Perspektive?

Darauf gibt's keine einfache, simple Antwort. Zunächst einmal ist das politische Engagement der Kirche, was wir wahrnehmen, vor allen Dingen das politische der Kirchenoberen. Ob es auch das der Kirchengemeinden vor Ort repräsentiert, steht auf einem anderen Blatt. Ich sehe das etwa in den kirchlichen Erklärungen zum Dialog mit dem Islam. Es sind vor allen Dingen die Kirchenleitungen, die darauf drängen, dabei jeden missionarischen Aspekt beiseite zu lassen. Gleichzeitig werden in praktisch jeder Kirchengemeinde ehemalige Muslime getauft. Solche Erklärungen gehen teilweise völlig an der Realität vorbei, weil sie praktisch nur die politische Seite sehen – wie kommen wir nett im Land miteinander klar – und die inhaltliche Seite, insbesondere das Evangelium, aus den Augen verlieren. Dabei ist das der Grund, warum die Muslime Christen werden, nicht die politischen Positionen.

Dazu kommt: Wenn sich Kirchenleiter tagespolitisch äußern – konkret zum Beispiel: Wir sollten jetzt die Flüchtlinge im Mittelmeer retten –, müssen sie damit politisch Position beziehen. Die Schwierigkeit ist dann immer, wenn ein erheblicher Teil der eigenen Mitglieder eine andere politische Richtung verfolgt. Dann ist es kein Zufall, dass diejenigen, die protestieren und die Kirchen zu politisch finden, auch diejenigen sind, die in diesen Dingen anders denken. Ich finde es sehr schade, wenn über eine solche tagespolitische Frage – Schiff ja oder nein? – die dahinterliegende Frage der christlichen DNA verlorengeht. In diesem Falle, dass ein Flüchtling auf dem Mittelmeer als Ebenbild Gottes dieselbe Menschenwürde hat wie jemand, der zufälligerweise in einer glücklicheren Situation lebt. Nicht weil dieser oder jener fromm ist, sondern weil er Mensch ist. Das steht auf den ersten Seiten der christlichen und jüdischen heiligen Schrift. Im Islam ist die Mehrheitsmeinung, dass nur, wer sich Allah unterwirft, auch bestimmte Rechte hat. Die Religion hat also durchaus politische Implikationen, auch das Evangelium, dass Jesus uns gemeinsam erlöst hat.

Ein anderes Beispiel für gesellschaftspolitisches Engagement ist das Thema Klimaschutz und Nachhaltigkeit. Die Weltweite Evangelische Allianz hat auch ein Nachhaltigkeitszentrum. Was ist der spezifische Beitrag, den die Allianz zu dem Thema leisten kann?

Dieses Zentrum hat zwei Gründe. Wir sind der Meinung, dass wir laut den ersten Kapiteln der Bibel den Auftrag haben, die Schöpfung zu bewahren. Das findet nun einmal immer mehr auf globaler Ebene statt. Da sollten wir nicht außen vor sein, sondern mittendrin, wenn nicht sogar vornweg. Da unsere Welt insgesamt religiöser wird, wird auch diese ganze Frage der Nachhaltigkeit eine Frage der Religionsgemeinschaften. Unser Zentrum ist also auch ein großes Dialogprogramm. Auch vonseiten der anderen Religionen wird der Wunsch, mit uns zusammenzuarbeiten, immer stärker artikuliert. Da viele Funktionsträger selber aus religiösen Ländern kommen und selber eine Religion praktizieren, tun sie sich zunehmend schwer, mit völlig säkularisierten Menschen zusammenzuarbeiten. Das kann man in der UN zwar nicht vermeiden, aber die Säkularen repräsentieren eben nicht mehr die Mehrheit weltweit.

Können Sie über die globalen Fragen wie Klima und Migration ein bestimmtes Thema ausmachen, das für die WEA oder die Christenheit überhaupt besonders drängend ist?

Die größte Bedrohung ist, dass die Bibelkenntnis abnimmt. Es geht dabei nicht um auswendig gelerntes Wissen, sondern um das Bibelwissen als Grundlage der zentralen Wahrheiten des Christentums. Schon in Deutschland kommen immer mehr Menschen zum Glauben, die nicht als Christen aufgewachsen sind und kaum mit einem biblischen Wissen an den Start gehen. Und es wird immer schwieriger, sie dann dafür zu gewinnen, das nachzuholen. In China werden so viele Menschen Christen, dass man rein praktisch nicht hinterherkommt, sie inhaltlich zu schulen, weil oft die Strukturen dafür fehlen. Oder in den Favelas in Brasilien: Dort haben wir ein eigenes Programm, um Pastoren zu schulen. Warum? Weil dort insbesondere im Bereich der Pfingstgemeinden so viele neue Gemeinden entstehen, dass oft derjenige, der am längsten dabei ist, der Pastor wird. Und wir haben viele Fälle, wo die Pastoren nicht einmal lesen und schreiben können.

Das ist aber nicht nur ein Problem der Evangelikalen. Die orthodoxen Kirchen sind zum Beispiel bei den Bibelgesellschaften eingestiegen und wollen aktiv dafür sorgen, dass die Bibel in den orthodoxen Ländern verbreitet wird. Auch Papst Franziskus hat ganz Ähnliches gesagt. In seiner Schrift zum Predigen schreibt er, dass das Grundproblem der katholischen Kirche ist, dass die Priester die Bibel nicht mehr lesen und für den Sonntag dann plötzlich von irgendwo eine Predigt herkommen müsse. Das Richtige, sagt er, ist, dass der Priester die ganze Woche mit der Bibel lebt und am Sonntag gar nicht weiß, über welche der vielen Bezüge, die er kennengelernt hat, er predigen soll.

Warum ist das eine Gefahr?

Weil das Christentum nie nur religiöse Praxis ist, sondern im Kern ein Bekenntnis hat. Wenn den Christen zum Beispiel inhaltlich nicht mehr bewusst ist, dass die Dreieinigkeit aus der Offenbarung kommt, dann ist Tor und Tür dafür geöffnet, dass jeder aus dem Christentum das macht, was ihm selber gerade passt. Das kann man keinem verbieten, wir haben Religionsfreiheit. Aber das ist dann nicht mehr Christentum. Das Christentum kommt nicht ohne Inhalte aus. Das, was uns verbindet, sind die Inhalte, nicht die Formen, mit denen wir sie zum Ausdruck bringen.

Vielen Dank für das Gespräch!

Die Fragen stellte Jonathan Steinert von pro dem Christlichen Medienmagazin

**Disclaimer:** Die Deutsche Evangelische Allianz und ihr Arbeitskreis Religionsfreiheit- Menschenrechte-Einsatz für verfolgte Christen stellen diese Informationen zur Verfügung ohne jede Kommentierung. Die Ansichten, die in den Meldungen zum Ausdruck kommen, werden nicht ohne Weiteres von DEA oder AKREF geteilt.

Falls Sie die Erstellung und Verbreitung der AKREF Gebetsanliegen unterstützen möchten, können Sie gern eine Spende richten an:

Deutsche Evangelische Allianz (DEA)

Spendenkonto:

IBAN: DE8752060410000416800

BIC: GENODEF1EK1

Evangelische Kreditgenossenschaft

Verwendungszweck „AKREF“

Gerne können Sie auch [online spenden](#).

## Links

[www.csi-de.de](http://www.csi-de.de)

<https://islam.ead.de/>

<https://akref.ead.de/>

<https://akref.ead.de/gebete-fuer-verfolgte/>

[www.h-m-k.org](http://www.h-m-k.org)

[www.hilfsbund.de](http://www.hilfsbund.de)

[www.hoffnungszeichen.de](http://www.hoffnungszeichen.de)

[www.idea.de/nachrichten.html](http://www.idea.de/nachrichten.html)

[www.islaminstitut.de](http://www.islaminstitut.de)

[www.kirche-in-not.de](http://www.kirche-in-not.de)

[www.opendoors.de](http://www.opendoors.de)

[www.pro-medienmagazin.de](http://www.pro-medienmagazin.de)

[www.stanet.ch/APD](http://www.stanet.ch/APD)

[www.zenit.org](http://www.zenit.org)

### Menschenrechtsorganisationen:

[www.amnesty.de](http://www.amnesty.de)

[www.igfm.de](http://www.igfm.de)

[www.gfbv.de](http://www.gfbv.de)

### Wichtige englischsprachige Internetseiten:

[www.advocatesinternational.org](http://www.advocatesinternational.org) [Anwälte im Auftrag der Allianz]

[www.barnabasfund.org](http://www.barnabasfund.org)

[www.csi-int.ch](http://www.csi-int.ch)

[www.forum18.org](http://www.forum18.org) [Forum 18 News Service]

[www.idop.org](http://www.idop.org) [Int. Seite des Gebetstages für verfolgte Christen]

[www.iirf.eu](http://www.iirf.eu) [Internationales Institut für Religionsfreiheit]

[www.meconcern.org](http://www.meconcern.org) [Middle East Concern]

[www.persecutedchurch.org](http://www.persecutedchurch.org)

[www.persecution.net](http://www.persecution.net) [Voice of the Martyrs/HMK]